

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3.30 RM. monatlich 1.10 RM.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 11. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kämpfe in Montenegro.

Monopole und Staatseinnahmen.

Auf den ersten Blick scheint die Verstaatlichung von Wirtschaftsbetrieben durchaus einer rationellen Finanzwirtschaft auch vom Standpunkt der Arbeiterinteressen zu entsprechen.

Indessen liegen die Dinge leider nicht so einfach und in Wirklichkeit können Staatsmonopole zu der im sozialen Sinne schädlichsten Form der Besteuerung führen.

Der Profit, den der Privatunternehmer erzielt, entspringt der unbezahlten Arbeit, ist angeeigneter Mehrwert.

Es ist denkbar, daß der Staat als Unternehmer sich mit dieser Durchschnittsprofitrate begnügt, aber es ist keineswegs gesagt, daß er es tun muß und wird, wo er sich das Monopol verschafft.

Unter solchen Umständen bedeutet also das Eintreten für Monopole, die aus rein fiskalischen Gründen gefordert werden, nichts anderes, als das Eintreten für indirekte Steuern.

Am schlagendsten dürfte das durch folgende Erwägung erwiesen werden: Wenn eine Steuer auf Kohlen vorgeschlagen würde, so würde wohl jeder Sozialdemokrat sich dagegen wenden, weil das sofort als eine indirekte Steuer erscheint, die von den Grubenbesitzern auf die Abnehmer abgewälzt wird durch Erhöhung der Kohlenpreise.

Das gleiche gilt für jedes Monopol: stets wird die Gefahr vorliegen, daß es zur Deckung des Staatsbedarfs auf dem Wege der indirekten Besteuerung führt.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Januar 1916. (B. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Reims in der Gegend des Gehöftes Maison de Champagne führten Angriffe unserer Truppen zur Wegnahme der feindlichen Beobachtungsstellen und Gräben in einer Ausdehnung von mehreren hundert Metern.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader griff die feindlichen Stappeneinrichtungen in Furnes an.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Bei Berezhany wurde der Vorstoß einer stärkeren russischen Abteilung abge schlagen.

Balkanriegsschauplatz.

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. Januar. (B. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 10. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Auch gestern fanden in Ostgalizien und an der Grenze der Bukowine keine größeren Kämpfe statt; nur bei Toporow wurde abends ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Von Geschützämpfen im Görzischen, im Gebiete des Col di Lana und im Abschnitt von Biadgenuß abgesehen, fand an der Südwestfront keine Geschäftstätigkeit statt.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Unsere gegen Verano vordringenden Kolonnen haben die Montenegriner neuerlich von mehreren Höhen geworfen und Biaca erreicht. Nördlich dieses Ortes ist das östliche Tim-Fluß vom Feinde gesäubert.

Die Kämpfe an der Südwestgrenze Montenegros dauern an. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Dörfner, Feldmarschalleutnant.

dessen nur wirksam bei entbehrlichen Produkten, wie Branntwein, Bier, Tabak und anderen Genussmitteln, nicht aber bei unentbehrlichen Produkten, wie Kohle, Eisen, Salz, Nahrungsmittel.

Es ist aber auch falsch, anzunehmen, daß bei der Verstaatlichung der Staat einfach den Profit einheimst, den bisher die privaten Kapitalisten einsteckten.

Das Resultat wäre also: das Reich würde für die zu verstaatlichenden Betriebe einen sehr hohen Preis zahlen und müßte außerdem den bisherigen kapitalistischen Eigentümern, oder anderen Kapitalisten, die die Anleihe hergeben, sehr hohe Zinsen zahlen.

Sollen dann Zinsen und Tilgungsraten aus den Staatsbetrieben herausgewirtschaftet werden, so würde sich schon dadurch die Notwendigkeit ergeben, die Preise der Produkte hoch anzusetzen.

Es ergibt sich somit, daß Staatsmonopole, die in fiskalischem Interesse eingeführt werden, zur Belastung der Bevölkerung mit indirekten Steuern führen, daß ferner die Enteignung zum Zwecke der Verstaatlichung finanzielle Operationen erfordert, die sich umso schwieriger gestalten, je bedrängter die finanzielle Lage des Staates ist.

Aus diesen Gründen scheint uns der Plan, den durch den Krieg herbeigeführten Bedarf an Staatseinnahmen durch Einführung von Staatsmonopolen zu decken, den Interessen der arbeitenden Massen zuwiderzulaufen, falls nicht besondere Garantien geschaffen werden können, die eine Schädigung der Konsumenten und der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter vollkommen ausschließen.

Der montenegrinische Kriegsbericht.

Cetinje, 10. Januar. (B. T. B.) Heeresbericht. An der Nordfront heftiger Artilleriekampf. An der Front östlich von und bei Lepenak ergriffen wir die Offensive.

Die englische Meldung über die Räumung Gallipolis.

London, 9. Januar. (B. T. B.) Amtlich. Gallipoli ist vollständig geräumt. London, 9. Januar. (B. T. B.) Neutermeldung. General Monro meldet: Die Räumung der Halbinsel Gallipoli ist erfolgreich durchgeführt.

Englisches Schlachtschiff gesunken.

London, 9. Januar. (B. T. B.) Amtlich. Das Schlachtschiff „Edward VII.“ ist auf eine Mine gestoßen und mußte wegen des hohen Seeganges ausgegeben werden.

Angetriebene deutsche Rettungsringe.

Kopenhagen, 10. Januar. (B. T. B.) Aus Stockholm meldet „Politiken“: In den letzten Tagen sind an der Küste von Gotland fünf Rettungsringe angetrieben.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. Januar. (B. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Im Artois führten unsere Batterien im Lauf der Nacht ein wirksames Feuer auf die deutschen Schützengräben westlich von Clairville aus.

sich ein Kampf mit Handgranaten, in dem wir die Oberhand behielten. Die unsere Linien bei St. Pitre le Grand und Bille für Lourbe beschickende feindliche Artillerie wurde von unserer Artillerie wirksam niedergelämpft. Der Feind konnte trotz der von unseren Beobachtern festgestellten Vorbereitungen zum Angriff seine Schützengräben nicht verlassen. In den Argonen sprengten unsere Schützengräben-Sanitionen ein Munitionslager in den feindlichen Linien bei Hille Morle in die Luft. In den Vogesen führten wir auf feindliche Anfallungen nördlich Meseral ein wirksames Artilleriefeuer aus. Die Deutschen, welche das Dorf räumten, wurden unter das Feuer unserer 75 Zentimeter-Geschütze genommen. Nordwestlich Münster bei Stohweier riefen wir mehrere Brände in den feindlichen Schanzwerken hervor. Südlich des Harimannswellerloppes gelang es dem Feinde nach einer heftigen Artillerie-Angriffe, die heftigste Artilleriefeuer folgten, sich eines kleinen Hügelns nördlich des Hirssteingipfels zu bemächtigen. Unter diesen Umständen wurden unsere Truppen, die den Gipfel besetzt hielten, zurückgeführt. Nach Aussagen von Augenzeugen folgte unter genaues Sperrfeuer dem Feinde erhebliche Verluste zu. Der Artillerielampf wird fortgesetzt.

Belgischer Bericht. Der Artillerielampf war heute auf der Front der belgischen Armee lebhaft. Unsere Batterien waren besonders tätig bei der heftigen Beschließung feindlicher Transporte in der Gegend von Schoorbalke und Clerken.

Orientarmee. Am 8. Januar vormittags bombardierten feindliche Flugzeuge die Lager der Äthiopen in der Umgebung von Salomik. Materialschaden unbedeutend. Ein Flugzeug wurde von unserer Artillerie heruntergeschossen.

Die englische Meldung.

London, 9. Januar. (B. L. B.) Amtlicher Heeresbericht. In der letzten Nacht herrschte die übliche Tätigkeit südlich von Armentières. Der Feind unterhielt ein heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Die Beschließung südlich von Praelenghen verurteilte in den feindlichen Linien einen ernsthaften Brand.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 9. Januar. (B. L. B.) Amtlicher Bericht des Großen Generalstabes.

Westfront. An der Front vom Rigaer Meerbusen bis zum Pryec keine Veränderung. Südlich vom Pryec verfuhrte der Feind von neuem, Gortorshil zu nehmen, wurde jedoch zweimal mit empfindlichen Verlusten zurückgeworfen. In Galizien, in der Gegend der mittleren Strypa, vertrieben unsere Truppen den Feind endgültig vom östlichen Flugufer. Neuere Meldungen ergänzen die Zahl der am 7. Januar gemachten Gefangenen auf 20 Offiziere, 1175 Soldaten und 3 Maschinengewehre.

Kaukasus. In der Küstengegend eröffneten die Türken am 7. Januar ein lebhaftes Gewehrfeuer und versuchten unter Ausnutzung des Nebels auf das rechte Ufer des Arhava-Flusses überzugehen, wurden jedoch zurückgeworfen. Südlich vom Armasier, in der Gegend des Djaghata-Flusses warfen wir türkische Truppen zurück. Der Feind, welcher gegen die Stadt Assadabad südwestlich von Hamadan die Offensive ergriffen hatte, flüchtete gegen Stangawar (40 Kilometer südwestlich Assadabad), verlor ungefähr 40 Tote und ließ viele Wertvorteile auf dem Kampfplatze zurück.

Im Schwarzem Meer versenkten unsere Torpedoboote einen großen Dampfer, der vom Voporus kam, um Kohlen zu laden; später hatten sie eine Begegnung mit dem Panzerkreuzer „Göben“. Unsere Torpedoboote, von dem feindlichen Kreuzer verfolgt, zogen sich unter dem Schutz eines Linien Schiffes, welches sich in der Nähe befand, zurück; es entwickelte sich ein Gefecht auf große Entfernung, worauf „Göben“, seine Geschwindigkeit ausnützend, schnell nach dem Voporus zu verschwand. Wir hatten weder Verluste noch Gavarie.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 10. Januar. (B. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht vom Sonntag. Der Tag verlief entlang der ganzen Front verhältnismäßig ruhig, abgesehen von heftiger Artillerieaktivität im Abschnitt von Görz. Cadorna.

Die englische Arbeiterschaft im Kampf.

Die Beschlagnahme des „Glasgow Forward“ wegen seines Berichtes über die Versammlungen am Clyde, in denen Lloyd George zu den Arbeitern sprach, hat große Erregung nicht nur in der Arbeiterpartei, sondern im ganzen Lande verursacht. Niemand soll im Unterhaus eine so bedrohliche Stimmung gewesen sein als am dem Tag, wo diese Maßnahme der Regierung zur Sprache gebracht wurde. Sowohl die „Nation“ wie der „Labour Leader“ schrieben über die Vorgänge am Clyde, aber das einzige Blatt, das einen vollkommenen und, wie der liberale „Manchester Guardian“ hinzusetzt, wahrheitsgetreuen und nicht übertriebenen Bericht gab, war der „Forward“.

Allerdings, dem Kabinett mag die Lektüre keine reine Freude bereitet zu haben, aber es muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die kommende Agitation gegen die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht sehr heftig sein wird. Von Südwaales wird schon jetzt große Erregung unter den Arbeitern gemeldet. Es ist kaum anzunehmen, daß Beschwoichtigungsmaßnahmen und Versuche, die Wehrpflicht durch kleine Zugeständnisse den Arbeitern angenehmer zu machen, ihren Zweck erfüllen werden. Die Sprache der Arbeiter vom Clyde und ihre Haltung gegenüber dem Munitionsminister läßt ohne weiteres erkennen, daß es sich hier nicht um eine augenblickliche Erregung, sondern um eine feste Opposition handelt, die auf der Erkenntnis beruht, daß die Durchführung der Dienstpflicht vor allem für dem englischen gelerntem Arbeiter eine große Gefahr für die Zeit nach dem Friedensschluß sein würde. Sie sehen berechtigtes Mißtrauen in die Worte und Pläne Lloyd Georges, und sie sind durchaus nicht geneigt, sich durch Schlagworte und Schwarzmalerei einfangen zu lassen. Die Stellung, die sie zu dem Vorschlag einnehmen, 60 000 ungelernete Arbeiter neben gelerntem in den Munitions- und Waffenfabriken einstellen zu lassen, wurde am besten durch den Arbeiterführer Kirkwood in Parkhead Forge gezeichnet. Er führte den Minister mit folgenden Worten in der Versammlung ein:

„Dies ist Mr. Lloyd George. Er ist eigens gekommen, um zu Ihnen zu sprechen, und zweifellos werden Sie ihn ruhig anhören. Ich kann Ihnen versichern, daß jedes Wort, das er sagt, sorgfältig geprüft wird. Wir betrachten ihn mit Argwohn, weil jede Aste, mit der sein Name verknüpft ist, den Wafel der Sklaverei trägt, und er wird merken, daß wir als Schotten das unangenehm empfinden, und daß er, wenn er das beste aus uns herausholen will, uns mit Gerechtigkeit und Respekt behandeln möchte.“

Nachdem Lloyd George seine Rede beendet hatte, stellte er präzis Fragen an ihn, die genaue Antworten nötig machten. Er wollte wissen, ob der Minister den Arbeitern einen Anteil an der Leitung der Arbeiten geben würde. Sie als Sozialisten begrüßten die Ausdehnung der Arbeit, die sie als die natürliche Entwicklung betrachten, aber dieses Schema der Ausdehnung müsse unter der

Kontrolle der Arbeiter ausgeführt werden. Sie erkannten, daß ohne ihre Kontrolle billige Arbeit eingeführt würde, und wenn ihre Forderung nicht bewilligt werde, würden sie das Schema bis zum Tode bekämpfen.

Lloyd George machte hier einige Bemerkungen, daß die Arbeiter nicht fähig seien, Werkstätten zu leiten. Aber Kirkwood antwortete erregt, daß sie die Männer vom Clyde im Frühjahr ihm selbst, der Regierung, der Armee und den Gewerkschaften zum Trost aus den Werkstätten heraus geführt hätten. Sie hätten die Männer nicht nur hinausgeführt, sondern auch stetig zurückgebracht. Wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden, könnten die Herren sie zwar in die Werkstätten zwingen, aber niemand könne sie dazu zwingen, zu arbeiten, — eine Drohung, die Lloyd George als revolutionär bezeichnete.

Viele Klagen gegen die Munitionsfabrik wurden erhoben, Lloyd George hob die Verantwortung für das Geseh von sich weg auf die Arbeiterführer und bezeichnete besonders Bromnie und Henderson, der von Kirkwood als nicht zu ihnen gehörig apostrophiert wurde.

Diese Versammlung war trotz großer Schärfe in der Diskussion in Ruhe und Ordnung verlaufen. Auf dem Meeting vom Weichnachtsmorgen in der St. Andrews Hall in Glasgow jedoch war es wild zugegangen. Vorausgeschickt muß werden, daß ursprünglich die Arbeiterorganisationen am Clyde die Versammlung für Donnerstag abend vereinbart hatten. Sie waren sehr überrascht, als sie an dem festgesetzten Tage in den Zeitungen lasen, da sie auf Sonnabend verschoben sei. Die Organisationen beschloßen darauf mit 34 gegen 3 Stimmen, daß sie mit der Sonnabendversammlung nichts zu tun haben wollten. Das wurde Lloyd George telephonisch berichtet; innerhalb kurzer Zeit erschien Henderson zur Beschwoichtigung; aber auch seinen Bemühungen gelang es nicht, den Beschluß wieder aufzuheben. Noch in der Nacht erhielten dann die Delegierten Einladungen, unterzeichnet Murray of Eskbank, zu einer Sitzung am Freitagmorgen, und hier beschloßen 4 Gewerkschaftsführer: Buntun, Whitehead, Lorimer und Gordiner, das Sonnabend-Meeting zu veranstalten, die anderen anwesenden 30 blieben bei ihrer alten Stellung. Sie wollten sich nicht vom Munitionsminister aufsehen lassen, und sie empfanden es als sonderbar, daß derselbe Mann, der von der Notwendigkeit äußerster Arbeitsanstrengung und Sparsamkeit sprach, hier den freien Abend für die Versammlung fallen ließ. Statt dessen einen Arbeitsmorgen wählte, und dadurch eine unnütze Ausgabe von tausend Pfund veranlaßte, wie der „Forward“ berechnet.

In der Versammlung, die von Henderson geleitet wurde, konnte weder dieser noch Lloyd George sich durchsetzen. Beide wurden beständig von ärgerlichen Rufusen unterbrochen. Lloyd George wurde gleich zu Beginn mit Pfeifen und Schreien und dem Abfangen der „Noten Pässe“ empfangen. Seine Rede, die zum großen Teil unverständlich blieb, brachte nichts Neues, sie war voll von Sentimentalitäten und schloß mit den Worten: „Erhebt eure Augen über den Rebel von Verdacht und Mißtrauen. Erhebt Euch zu der großen Höhe der großen Möglichkeiten, die jetzt vor Euch liegt. Wenn Ihr es tut, werdet Ihr, nachdem der Krieg vorüber ist, eine Zukunft erleben, wie sie der Traum manches großen Führers gewesen ist.“ (Hochrufe, lautes Pfeifen und Schreien.)

Einige Fragen wurden beantwortet; als aber John Muir vom „Clyde Workers Committee“ aufstand und das Wort verlangte, um die Sache vom Standpunkt der Arbeiter zu behandeln, wie es versprochen worden sei, wurde ihm bedeutet, er solle seinen Sitz wieder einnehmen. Er weigerte sich, und da weder der Minister noch Mr. Muir zu Worte kommen konnte, schloß der Vorsitzende die Versammlung, die in großer Unruhe auseinanderging.

Diese Dinge spielten sich in den Weichnachtsagen ab. Inzwischen ist die Stimmung unter den Arbeitern nicht besser geworden, und die Regierung muß damit rechnen, daß sie das Wehrgeseh, wenn es vom Parlament angenommen wird, nicht anerkennen werden. Die Gewerkschaft gegen die Wehrpflicht ist im Wachsen, nicht weil man den Krieg nicht fortsetzen wollte, sondern weil die Arbeiter wissen, daß das Geseh sie wirtschaftlich weit zurückwerfen wird. Sie sehen die Gefahren des Militarismus und sie sind bereit, ihn vom Beginn an bis zum letzten Augenblick zu bekämpfen.

Glasg, 10. Januar. (Z. U.) Die englischen Radikalen und vor allen Dingen die sozialistische Presse kommen immer noch nicht zur Ruhe über die Tatsache, daß die Regierung eine Nummer des sozialistischen Blattes „Forward“ beschlagnahmte, weil das Blatt wagte, einen genauen und nichtgeschminkten Bericht über den Verlauf der Arbeiterversammlung in Glasgow zu veröffentlichen, auf der Lloyd George ausgepiffen worden ist. Der „New Statesman“ nennt dieses Vorgehen so hoffnungslos idiotisch und gefährlich, daß kein Protest stark genug dagegen sein könnte. Das Blatt führt aus: Von Anfang an hatte Lloyd George Schwierigkeiten, die Arbeiter von seiner Unparteilichkeit zu überzeugen. Es ist nicht gut, Abkommen mit den Führern von Gewerkschaften abzuschließen und dann nicht dafür zu sorgen, daß die Arbeitgeber diesen Abkommen auch folgen. Vielleicht haben sich viele daran gehalten, andere aber nicht, und die Arbeiter begriffen, daß sie unter der Wirkung des Munitionsgesetzes lediglich an die Gurgel genommen werden sollen. Weiter sagt der „New Statesman“: Die offiziellen Berichte über die Konferenz mit Lloyd George waren durchaus falsch. Der Beifall in der Versammlung in der St. Andrews-Halle (der Arbeiterversammlung), der der Nennung des Namens Ramsay Mac Donald folgte, bedeutet noch nicht, daß das Urteil Mac Donalds über den Krieg am Clyde bereits populär war, aber unter bestimmten Bedingungen kann es doch noch so kommen. Ramsay Mac Donald verurteilt beklammlich den Krieg.

Henderson noch nicht zurückgetreten.

London, 10. Januar. (B. L. B.) Reutersmeldung. Ein langer Kabinettsrat fand heute vor der Parlamentsitzung statt. Henderson war anwesend, das bedeutet, daß sein Rücktritt noch nicht entschieden ist.

Huysmans über die Internationale.

Amsterdam, 9. Januar 1916. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Schluß des holländischen Parteitag zu Arnheim erstattete Huysmans Bericht über die Tätigkeit der Internationale. Wenn diese auch den Krieg nicht verhindern konnte, so sei sie doch nicht tot. Wohl wurde die Verbindung zwischen den einzelnen Sektionen unterbrochen, aber der zentrale Organismus stellte nie seine Funktion ein und bewahrte die Verbindungen. Der internationale Aktionsausschuh wurde auf belgische Anregung durch holländische Delegation ergänzt, um den Sozialisten der Mittelmächte die Unparteilichkeit zu garantieren. Es gelang, Konferenzen der drei Gruppen zu organisieren; die Sozialisten der neutralen Länder tagten in Kopenhagen, die Sozialisten der Entente in London und die Sozialisten der Zentralmächte in Wien. In vier Hauptpunkten des Friedens ergab sich im allgemeinen Übereinstimmung, und

zwar in den Fragen der Rüstungseinschränkung, der nationalen Selbstbestimmung, der Demokratisierung der Diplomatie und der Einsetzung von Schiedsgerichten. Auch zeigen die Rundgebungen der deutschen und der französischen Partei zunehmende Annäherung. Huysmans wandte sich gegen die gut gemeinte, aber übertriebene Sonderaktion, die den bestehenden Organismus erfassen will. Die Internationale habe trotz der Schwierigkeiten, die in den beschlenen Ländern ihrer Tätigkeit entgegenstehen, ihre Lebenskraft bewiesen und wirke auf fräftigste für einen dauernden Frieden. Das Referat Huysmans wurde begeistert. Der Kongreß sang im Anschluß daran die Internationale.

Zensur und Belagerungszustand vor dem Haushaltsausschuh des Reichstages.

Der Haushaltsausschuh des Reichstags nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf.

Die Sozialdemokraten haben beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wieder hergestellt wird.

Die Nationalliberalen beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß 1. unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken; 2. daß beim Kriegspresseamt und bei allen Generalkommandos Presseabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden, damit die Särten der Zensur beseitigt oder gemildert werden; 3. daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß.

Hg. Dittmann begründet den sozialdemokratischen Antrag: Der heutige Zustand ist ungesehlich, denn er steht im Widerspruch mit der Verfassung. Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes sind nicht gegeben; mit Ausnahme von einem Teil der Reichslande ist kein deutsches Gebiet vom Feinde bedroht. Redner fügt seine Auffassung auf die Entstehungsgeschichte des Gesehes von 1851. Das öffentliche Leben ist zurzeit in Deutschland völlig unterbunden. Die kommandierenden Generale üben nicht bloß eine vollziehende, sondern direkt eine gesetzgebende Tätigkeit aus. Damit werden die Parlamente geradezu ausgeschaltet. Zum Schutze militärischer Dinge genüge völlig das Spionagegeseh. — Wie steht es mit der Verantwortlichkeit der Generale? Die Zensur arbeitet nicht nur langsam, sie unterdrückt auch die freie Meinungsäußerung. Die Zensur streicht Artikel völlig harmlosen Inhalts. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse im Korpsbezirk Münster. Was man dort der „Aheim-Westf. Zig.“ zu besprechen gestattet, wird der oppositionellen Presse zu erörtern verboten. Bürgerliche Organe, die für die Friedenspropaganda wirken, wurden verboten, weil ihr Bestreben angeblich an Landesderrat grenze. Das Versammlungsrecht ist so gut wie beseitigt; man gestattet nicht einmal, Kritik an den Regierungsmahnahmen in der Ernährungsfrage zu üben. Redner trägt eine ganze Reihe recht drastischer Beispiele vor. Jede freie Regung der Arbeiterschaft wird unterbunden; selbst die Feststellung, daß in einem Betriebe Differenzen ausgebrochen sind, durfte nicht veröffentlicht werden. Im Bezirk Münster hat man sogar Werkstattbesprechungen verboten. Man hat auch verurteilt, die Parlamentsöffentlichkeit zu unterbinden. Redner erörtert dann eingehend den Loebellischen Presseerlass. Die sozialdemokratische Presse steht direkt unter einem Ausnahmegericht. Der Belagerungszustand dient aber auch dazu, oppositionell gesinnte Personen in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken. Wer nach wie vor von seinem Staatsbürgerrecht Gebrauch machen will, riskiert, in militärische Schuchhaft genommen zu werden. Diese Zustände sind geradezu unhaltbar.

Ministerialdirektor Lewald behauptet, daß der Belagerungszustand zu Recht verhängt ist; die Voraussetzungen sind schon dann gegeben, wenn das Reichsgebiet bedroht ist. Verantwortlich sind die kommandierenden Generale nur dem Kaiser. Der Reichskanzler hat dafür keine Verantwortlichkeit zu tragen. Durch die Schaffung des Kriegspresseamts ist für die Presse eine wesentliche Erschwerung eingetreten. Die Zensur ist nötig; sie besteht in allen kriegführenden Staaten.

Hg. Fischbeck erklärt, daß seit dem Bestehen des Kriegspresseamts der Zustand sich erheblich verschlechtert hat. Die Zensur unterdrückt auch Dinge, die lediglich den Unternehmen unbecoem sind. Ein erheblicher Teil der Schuld liegt in der Person der Zensoren. Die Zeitungen werden sogar verantwortlich gemacht für Fehler, die von der Zensur selbst begangen worden sind. Dabei werden die einzelnen Zeitungen ganz verschieden behandelt. Ein Zensur in Schlesiens übt sich sogar in Verbesserungen des Stils der Zeitungen; ein Blatt von Lemau, das ihm nicht gefiel, dichtete er einfach um! Der Buchhandel wird schwer geschädigt durch die Präventivzensur. Die Art, wie man die Presse behandelt und bevormundet, ist direkt unwürdig. Redner erörtert dann den Friedensartikel der „Neuen Züricher Zeitung“, an dem die Zensur Streichungen vorgenommen hat, wodurch das Bild wesentlich verändert wurde. Die vom Redner vorgebrachten Beispiele über Leistungen der Zensur riefen vielfach härmische Heiterkeit hervor. Selbst die amtlichen Nachrichten der Stadt Berlin sind unter Zensur gestellt worden. Die Erörterung der Differenzen zwischen der Stadt Berlin und dem Zweckverbande ist vom Oberkommando einfach verboten worden. Redner greift dann den Loebellischen Presseerlass scharf an, durch den die Presse in absolut unzulässiger Weise beeinträchtigt werden soll. Zeitungen, die die Artikel der betreffenden Korrespondenz nicht abdrucken wollen, wurden mit Zensurmahnahmen bedroht. Dieser Erlass des preussischen Ministers des Innern bedeutet den schlimmsten Bruch des Burgfriedens. Die Unabhängigkeit der Presse wird damit außerordentlich gefährdet. Die preussische Regierung versucht auf diese Weise die kommenden Wahlen zu beeinflussen.

Unterstaatssekretär Zimmermann nimmt das Auswärtige Amt gegen verschiedene Vorwürfe in Schutz. Der Redner macht dann vertrauliche Mitteilungen zum Beweise dafür, daß die Erörterung der Kriegsziele noch nicht freigegeben werden kann.

Ein Vertreter der preussischen Minister des Innern erklärt, der Presseerlass gehöre vor den preussischen Landtag. Die preussische Regierung nehme auch für sich die publizistische Freiheit in Anspruch. Die Erlasse waren zwar geheim, sie hatten aber das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Die Artikel der Korrespondenz sollten ausflüßend wirken. Ein Antrag zur Aufnahme der Artikel ist nicht ausgeübt worden. In einer von dem Regierungsdirektor verlesenen langatmigen Erklärung wird das Vorgeben des Ministers als völlig harmlos hingestellt. Die Regierung müsse die Möglichkeit haben, auch ihre Absichten der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Hg. Graf Westarp bespricht den Einfluß des Auswärtigen Amts auf die Zensur. Das Vorgehen gegen einen Teil der Presse ist durchaus einseitig; darunter leidet ganz erheblich die — konservative Presse. (Große Heiterkeit.) Ein Beschluß des engeren Vorstandes der konservativen Partei ist von der Zensur verstümmelt worden; dagegen durfte eine Rundgebung des sozialdemokratischen Vorstandes veröffentlicht werden. Gegen den Vorstand der Konservativen ist sogar ein offizieller Angriff erfolgt, der in der Öffentlichkeit nicht abgewehrt werden konnte. Die linksstehende Presse erfreut sich einer weit größeren Freiheit. Das Dementi des Artikels in der „Neuen Züricher Zeitung“ ist zweifellos völlig ernst zu nehmen; die Art der Veröffentlichung ließ aber eine besonders glückliche Hand vermischen. Die Aufgabe der Zensur muß sein, zu unterdrücken, was dem Vaterland schaden

fann, dagegen darf nicht von ihr erfasst werden, was dem Vaterland nützen kann. Man dürft nicht glauben, dass das Ausland saugt schließlich aus allen Ästen Romig. Mit der Unterbindung der Kritik schadet man der Sache nur. Kritik ist nötig, man solle sie mit Freuden begrüßen.

Verwaltungssekretär Zimmermann stellt fest, daß das Auswärtige Amt nur insoweit sich der Zensur bediene, als dies im Interesse des Meffors liegt.

Hg. Weinhausen (Hofsch.): Parteilichkeit kann man der Zensur nicht zum Vorwurf machen. Deshalb braucht man aber die Tätigkeit der Zensur nicht zu billigen. Die Verhältnisse sind im Laufe der Zeit immer schlechter geworden. Zuerst befaßte sich die Zensur nur mit militärischen Fragen, jetzt hat sie auch die politische Haltung in den Kreis ihrer Nachvollkommenheit gezogen. Die Pressekonferenzen sind zu bloßen Instruktionstagen für Journalisten geworden. In der Zensur herrscht eine völlige Zensurlosigkeit. Die Vorschriften sind bereits angewachsen, daß sie heute kaum mehr übersehen werden können. Die Presse muß mindestens eingehend informiert werden. Die Zensur stellt sich auch schuldig vor Einzelpersonen; sie macht auch nicht Halt vor lokalen Dingen. Man verbietet Theaterstücke, das Singen harmloser Lieder, ja, man hat sogar verboten, daß Damen in öffentlichen Lokalen rauchen! Die Zensur verbietet Zeitungen ohne Rücksicht auf den enormen Schaden, der damit verbunden ist. Man sollte aber doch mindestens erwarten dürfen, daß die Verbote auch begründet werden, damit man weiß, weshalb das Verbot erfolgte. Die Oberzensurstelle hat sogar versucht, die Berichte über Parlamentsverhandlungen zu unterbinden. Das Kriegs-Pressamt hat dahin gewirkt, daß die Zensur eine weitere Verschärfung erfährt. Eine solche Behandlung hat die Presse Deutschlands wahrlich nicht verdient. Die Zensur soll sich nur auf militärische Dinge beziehen.

Hg. Dr. Stresemann beschäftigt sich mit dem Loebeischen Presseerlass, der allerdings auch den Reichstag angeht, um so mehr, als die dort empfohlene Korrespondenz auch zu Wahlzwecken benutzt werden soll. Der amtliche Apparat wird dazu benutzt, die Zeitungen zu zwingen, bestimmte Artikel aufzunehmen. Eine Kritik an diesem Zustand wird schließlich von der Zensur unterbunden. Soll diese Korruption der öffentlichen Meinung vielleicht der Beginn der Neuorientierung sein? Die Klagen über die Zensur wiederholen sich immer wieder, das Kriegs-Pressamt ist aber bezeichnenderweise hier gar nicht vertreten, erfährt vielleicht gar nichts von diesen Klagen. Daß man die innere Politik unter Zensur stellt, ist völlig unhaltbar. Mit der Einschränkung der Pressefreiheit leistet man Deutschland den schlechtesten Dienst. Das Ausland kennt unsere Verordnungen, kennt unsere Parlamentsverhandlungen; aber die Presse darf nichts schreiben. Das Verbot der Versammlungen, die Einziehung des Manuskripts der Reden sind Dinge, die sinnlos sind. In England wird an der Regierung die schärfste Kritik geübt. Darin zeigt sich gerade die Stärke dieses Landes. Deshalb kann es auch nicht von Nachteil sein, wenn man sich in Deutschland frei ausdrücken darf. Die kommandierenden Generale nehmen ihre Wirkungen immer weiter aus. Soll über die kommenden neuen Steuern etwa auch nicht geredet und geschrieben werden dürfen? Unter allen Umständen aber muß gefordert werden, daß endlich die Erörterung der Kriegsziele freigegeben wird. Die Wirkung einer solchen Diskussion auf das Ausland soll man nicht überschätzen. In der öffentlichen Meinung hat die Regierung ein Instrument in der Hand, das sie nicht unbedacht lassen soll. Redner fordert schließlich die sofortige Zurückziehung des Loebeischen Presseerlasses.

Hg. Werfenberger (S.) bezeichnet die Zensur als Feindlich. In Bayern ist der sozialdemokratischen Presse die größte Freiheit zugestanden worden, die Zensurpresse hat man aber beibehalten, als sie auf die sozialdemokratischen Angriffe antworten wollte. Die Zensoren spielen sich jetzt geradezu als Redakteure auf. Feldpostbriefe dürfen u. a. deshalb nicht veröffentlicht werden, weil sie dem Zensur nicht interessant genug erschienen. Als Zensoren mühten Leute ausgewählt werden, die frei sind von bürokratischer Beschränkung. Man mühte außerdem eine besondere Anstalt schaffen, die allein das Recht haben soll, ein Verbot zu erlassen. Die Behandlung der Presse erklärt sich aus der Geringschätzung, die die Presse in Deutschland genießt.

Oberst Hoffmann gibt Auskunft über 518 Beschwerden, die Hg. Wittmann überreicht hat. Die größere Hälfte erwies sich als unbegründet, ein Teil war zweifelhaft und nur ein kleiner Teil erwies sich als berechtigt.

Hg. Stadthagen stellt fest, daß er den Ausführungen des Grafen Westarp über die Zensur zustimmen könne. In der Tat befinde ein ganz unhaltbarer Zustand. Es entstehen im Volke alle möglichen tollen Gerüchte, und die Presse ist nicht in der Lage, Aufklärung zu verbreiten. Wendet man sich an die Behörden, so erhält man entweder keine oder eine vollständig unzureichende Antwort. Das ganze System, das wir heute haben, ist gescheitert. Für die Zensur sind nicht militärische, sondern politische Interessen maßgebend. Man schreibt der Presse die Haltung vor, die sie einzunehmen hat, und gleichzeitig verbietet man der Presse, Kenntnis zu machen, daß es sich um ein Eingreifen der Zensur handelt. Die Zensur geht sogar so weit, daß sie selbst die Titel von Büchern streicht, die im literarischen Teil der Zeitungen angeündigt werden. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß im Ausland kein Mensch daran glaubt, daß das deutsche Volk in allen Punkten einig ist. Die rechtsprechende Presse hat weit mehr Bewegungsfreiheit; Versehen, die dort vorkommen, deckt man einfach mit dem Mantel der Liebe zu. Nach dem Gesetz darf nur eingeschritten werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Dieses letztere Kriterium ist aber in den allermeisten Fällen gegeben. Der Loebeische Erlass war ein Mißbrauch der Amtsgewalt. Redner erläutert dann an der Hand von Korrekturbogen des „Vorwärts“ das Wesen der Zensur. Stürmische Heiterkeit und allgemeine Zustimmung bewiesen, wie die Budgetkommission über diese Tätigkeit der Zensur denkt. Redner hob hervor, daß man auf diese Weise Zustimmung in die weitesten Kreise trägt. Dem „Vorwärts“ wird gestrichen, was andere Zeitungen bringen dürfen. Diese Behandlung ist in der Tat unerhört. Die nationalliberalen Anträge besitzigen das Uebel nicht. Man muß die völlige Befreiung der Zensur fordern. Sie kann befreit werden, denn man hat die Strafgesetze zur Verfügung, die als vollkommen ausreichend bezeichnet werden müssen. Die Unterbindung der freien Meinungsäußerung ist ein Beweis von Schwäche. Klarheit wird nur geschaffen, wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen wird, und auch der Zusatz, der von den Sozialdemokraten zum nationalliberalen Antrag gestellt wurde, der lautet: Das Verbot einer Zeitung darf nur mit Zustimmung des Reichstages erfolgen. Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann hat der Reichstagspräsident die Verantwortung für Zensurverbote zu tragen.

Hg. Roefide findet die Kritik an der Zensur berechtigt. Die Zensur solle man zwar nicht aufheben, aber man solle sie umgestalten; denn es ist durchaus nicht angängig, die Veröffentlichung wie Schulungen zu behandeln. Redner bestreitet schließlich, daß die agrarische Presse eine Ausnahmestellung einnehme. — Die Verhandlungen gehen am Dienstag weiter.

Landwirtschaftliche „Sachverständige“.

Wie wir bereits in der Sonntagsausgabe meldeten, hat sich eine Sitzung der Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern in Anwesenheit des preussischen Landwirtschaftsministers über die schwebenden Ernährungsfragen in einer Weise ausgesprochen, die die schärfste Kritik verdient. Die Landwirtschaftskammerpräsidenten erklärten sich mit dem gegenwärtigen Zustand der Lebensmittelversorgung durchaus zufrieden und, soweit sie Wünsche hatten, gingen diese in

einer Richtung, die keineswegs die Interessen der Konsumenten berücksichtigt.

Es ist den Hausfrauen nur zu gut bekannt, daß, ähnlich wie im vergangenen Winter, auch diesmal wieder Kartoffelknappheit herrscht. Die Landwirtschaftskammerpräsidenten dagegen erklärten sich mit der bisherigen Regelung der Kartoffelerzeugung vollkommen einverstanden. Anstatt ihrerseits auf Grund ihrer vielgerühmten Sachkenntnis schon jetzt Abhilfemaßnahmen für die sicher zu erwartende Verschärfung der Kartoffelknappheit vorzuschlagen, wollen sie erst wieder eine neue statistische Feststellung der vorhandenen Kartoffelvorräte abwarten.

Die Butterversorgung ist nach Ansicht der Kammerpräsidenten ebenfalls in die „richtigen Wege geleitet“. Die Sachverständigen scheinen ganz übersehen zu haben, daß die Buttervorräte dem Bedarfe keineswegs entsprechen. Auch hier wäre es ihre Aufgabe gewesen, praktische Vorschläge zur Steigerung der Buttererzeugung zu machen. Aber der offizielle Bericht über die Sitzung teilt nur mit, daß sich die Kammerpräsidenten gegen die so notwendige Einführung der Reichsbutterkarte gewendet haben. Diese Ablehnung wäre aber nur dann verständlich gewesen, wenn die Kammerpräsidenten sich hätten verpflichtet können, für eine so große Buttererzeugung zu sorgen, daß die Möglichkeit ausreichender Versorgung jedes einzelnen gewährleistet würde. Solange die Butterproduktion nicht wesentlich gesteigert wird, muß wenigstens eine bessere Verteilung durch Einführung von Butterkarten in die Wege geleitet werden.

In der Mitteilung über die Aussprache des Vorsitzenden über die Fleischversorgung vermissen wir einen Hinweis auf den Mangel an Schweinefleisch. Waren die Sachverständigen auch hier von den gegenwärtigen Verhältnissen vollkommen befriedigt? Dagegen vernehmen wir, daß Höchstpreise für Milchvieh einstimmig als „undurchführbar“ erklärt werden. Gründe für diese Auffassung werden in dem Bericht nicht angegeben; es wäre auch schwer, welche zu finden.

Eine Preisfestsetzung schlug die „Sachverständigen“-Versammlung allerdings vor: die Heraussetzung der Rübenpreise, die natürlich notwendig die Verteuerung des Zuckers zur Folge haben würde. Wir haben nicht die Absicht, die Urteile und Vorschläge der Versammlung im einzelnen ausführlich zu kritisieren. Dagegen liegt eine Frage nahe: Ist es bloßer Zufall, daß die Sachverständigen ihr Votum gerade kurz vor Beginn der Parlamentsitzungen abgaben, wo die Ernährungsfragen eingehend behandelt werden sollen? Sollte mit Hilfe der Sachverständigen und des preussischen Landwirtschaftsministers noch rasch den Regierungsvertretern der Räden gestiftet werden, um ihre Antworten auf Beschwerden im Reichs- und Landtag in bestimmter Richtung zu beeinflussen?

Die besondere Politik des Landwirtschaftsministeriums ist auch im Kriege mehr als einmal Gegenstand der Erörterung gewesen. Die letzte von diesem Ministerium veranstaltete Sitzung der Landwirtschaftskammer-Vorsitzenden dürfte einen neuen Anlaß dafür liefern.

Politische Uebersicht.

Die Getreidevorräte.

Berlin, 10. Januar. Amtlich. Die Bestandsaufnahme vom 16. November 1915 hat ergeben, daß die Brotgetreidevorräte im Deutschen Reiche ausreichend, um die Bevölkerung und das Heer bis zur nächsten Ernte zu ernähren.

Es hat sich aber gezeigt, daß die freieren Maßnahmen, welche bei Beginn des zweiten Wirtschaftsjahres getroffen wurden: Freigabe von Hinterland und Futterstroh, geringere Ausmahlung und Erhöhung der Brottration bei Verbrauchern und Landwirten die Auffassung erweckten, als wenn unser Vorrat überreichlich und Vorsicht nicht von Nöten wäre.

Diese Auffassung ist irrtümlich; wir müssen auch im zweiten Jahre streng haushalten, wenn wir nicht nur reichen, sondern auch mit einer hinlänglichen Reserve ins nächste Wirtschaftsjahr hinübergehen wollen.

Das Kuratorium der Reichsgetreidestelle hat daher beschlossen, unter vorläufiger Aufhebung der freieren Maßnahmen, zu den Bestimmungen des Verteilungsplanes des vorigen Jahres zurückzuführen und die Tageskopfmengewie im Frühjahr 1915 festzusetzen. Für die Bedürfnisse der Schwerarbeiter nach stärkeren Brottrationen wird wie bisher ausreichend gesorgt werden.

Großhüngern.

Unter diesem Titel veröffentlicht die nationalliberale „Magdeburgerische Zeitung“ einen Leitartikel, in dem es heißt:

„Und nun soll eine neue Zeit des Großhüngerns kommen. Die Riesenlast der Steuern, die uns erwartet, der mindestens vorläufige Rückgang des Wirtschaftslebens, wird große Kreise zum Zurückschrauben der gesamten Lebenshaltung zwingen. Wir sind, was sie anlangt, in den letzten Jahrzehnten über das Maß, das gerade in diesen Dingen sein muß, vielfach, ja fast allgemein hinausgegangen. Das „über die Verhältnisse leben“ war die Regel geworden. Man hat es selbst in diesen Kriegsjahren bis weit in die unteren Steuerklassen beobachtet und gerügt. Aber auch die, die sich's finanziell leisten konnten, trieben eine wirtschaftlich und sittlich verwerfliche Verschwendung in der Gestaltung des äußeren Lebens. Doppelt verwerflich, da sie als böses Beispiel wirkte. Konsumismus ist als Bezeichnung geprägt für den Zustand, in dem die äußere Verbrauchlichkeit und Leppigkeit eine wesentliche, wenn nicht die beherrschende Stelle in unserem Denken und Tun einnehmen. Er ist äußerlich und innerlich verknüpft mit dem Konsumismus, der Anbetung des Geldes und der Schätzung aller Dinge, auch unseres Tuns und unserer Bemühung nur nach ihrem Geldwert. Konsumismus und Konsumismus — beides Fremdwörter, die wir nicht verdeutschen wollen, denn sie bezeichnen fremden Import, englischen das erste, amerikanischen das andere. Diese durchaus undeutlichen Erscheinungen müssen bei und verschwinden, wenn die Periode des Großhüngerns nicht zu bösen inneren Gegensätzen und Störungen führen soll.“

Eine Glossierung dieser Ausführungen muß man sich leider bis zur Zeit nach dem Friedensschluß ersparen.

Die notwendige Wahlrechtsreform.

Unterrichtete Kreise bezeichnen die Meldung, daß eine spontane Erklärung der preussischen Staatsregierung für die Neuregelung des preussischen Wahlrechts erfolgen werde, als glaubwürdig. Die „Post“ erfährt dazu von „parla-

mentarischer Seite“, daß die Thronrede einige allgemeine Sätze über die Reform enthalten werde:

„Das, was man mit dem Worte „Neuorientierung“ der inneren Politik nach Friedensschluß zusammenfaßt, dürfte zwar in der Thronrede gleichfalls seine Stelle finden, wohl auch die Frage der Reform des preussischen Wahlrechts berührt werden, schon um klarzustellen, daß die Landesregierung sich hier nicht schieben läßt, sondern die Führung in der Hand behalten will. Aber man wird sich zweifellos auf einige allgemeine Sätze beschränken und Einzelheiten vermeiden. Daß weiter die Staatsregierung an der Auffassung festhält, daß das gesetzgeberische Werk selbst erst nach Friedensschluß zur Durchführung gelangen kann, steht gleichfalls außer Zweifel. Diese Auffassung muß jetzt um so berechtigter erscheinen, als nach den Wahrnehmungen der letzten Zeit die Erfahrungen der Kriegszeit vielleicht noch nicht ganz abgeschlossen sind und es keineswegs völlig ausgeschlossen erscheint, daß die Einbrüche bei Kriegsanfang in dem einen oder anderen Punkte durch die Erfahrung späterer Zeit eine Verichtigung erfahren müssen.“

Einige allgemeine Redewendungen werden die preussischen Wähler keineswegs befriedigen. Damit sind sie nun seit bereits 17 Monaten abgespeist worden. Die Regierung hat sich inzwischen doch auch nicht mit Versprechungen begnügt, sondern fordert Tag für Tag sehr reale Leistungen.

Notstandskredite für zurückkehrende Kriegsteilnehmer.

Die preussischen Minister für Handel und Gewerbe, der Finanzen und des Innern veröffentlichten einen Erlass an die Oberpräsidenten, worin staatliche Mittel zur Gewährung von Beihilfen an die Provinzen in Aussicht gestellt werden, die ihrerseits die Frage der Gewährung von Notstandskrediten an zurückkehrende Krieger regeln sollen, damit diesen die Fortführung der bisherigen Berufstätigkeit ermöglicht wird. Ins Auge gefaßt ist hierbei besonders der selbständige Mittelstand.

Es heißt in dem Erlass u. a.: „Wir vertrauen, daß die zur Vergabe öffentlicher Arbeiten berufenen Behörden bei der Zuweisung von Beschäftigung die besondere Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer aus dem selbständigen Mittelstande sich angelegen sein lassen werden. Daneben aber wird in einer Reihe von Fällen auf die als Hilfsmaßnahmen vor allem angeregt Gewährung von Darlehen zur Fortführung oder Wiedereröffnung des Betriebes nicht verzichtet werden können.“

Der wirtschaftliche Beirat.

In den Beirat zur Erörterung der mit der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zusammenhängenden Fragen sind nach einer Bekanntmachung des Reichsanzeigers berufen worden die Reichstagsabgeordneten: Hoffmann, Rechtsanwalt und Stadtrat in Mannheim, Bauer, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Reutlingen, Dr. Wöhme, Berlin-Richterfelde, Dombed, Redakteur in Weiden, Oberst, Parteisekretär in Treptow-Berlin, Erbacher, Schriftsteller in Berlin, Fischel, Stadtrat in Berlin, Giesbert, Arbeitersekretär in Münden-Stadbach, Gerold, Landesökonomierat, Gutbesitzer auf Haus Loebein bei Münster, Dr. Wählinger, königlich bayerischer Gymnasialprofessor in Münden, Kollendörfer, Parteisekretär Schöneberg-Berlin, Dr. Roefide, Rittergutsbesitzer in Börsdorf (Marl), Robert Schmidt, Arbeitersekretär in Karlsdorf bei Berlin, Dr. Wendorf, Gutbesitzer in Loig bei Kossendorf, Kreis Grimmen, Graf v. Westarp, königlich preussischer Oberverwaltungsgerichtsrat in Schöneberg-Berlin.

Zu den neuen Tabaksteuern.

Der „Generalanzeiger für Zigarren, Zigaretten- und Tabakhandel“ will an maßgebender Stelle erfahren haben, daß die bisherigen Mitteilungen über neue Tabaksteuern, die am 1. April d. J. in Kraft treten sollen, zum mindesten verkrüßt sind. Die Regierung habe unter den vielen Vorschlägen ihre Entscheidung noch nicht getroffen. Am meisten Ausfichten habe noch immer die Vandenrolle-Steuer. Die Mehreinnahmen durch Erhöhung des Preises aus Zigaretten- und Tabaksteuern werden selbst im Reichstagsamt nur auf circa 60 Millionen Mark geschätzt, da billige Tabake und mittlere Sorte nicht weiter belastet werden können.

„Glühende Patrioten“.

Der Königsberger Grundbesitzerverein nahm nach einem Beserat über „Die Verpflichtung von Staat und Gemeinde zur Erstattung von Diebstahlsfällen“ folgende Entschlüsse an:

„Wie am 6. Januar 1916 im Artushofe zu Königsberg tagende Generalversammlung des Königsberger Hausbesitzervereins, erfüllt von glühendem Patriotismus, ist gern bereit, dem Vaterlande in schwerer Stunde mit Gut und Blut zu dienen, und möchte in der Veräußerung der Vaterlandsliebe hinter keinem anderen Stande zurückbleiben. Mit schmerzlichem Bedauern muß sie aber feststellen, daß durch die bisherige einseitige Belastung des Hausbesitzersstandes viele tüchtige Mitglieder der Versammlung dem sicheren Untergange entgegengeführt werden. Sie begrüßt mit Genugtuung die Ministerialerlasse, welche den Hausbesitzern eine umfassende Hilfe in Aussicht stellen, entnimmt aus diesen zur Veruhigung die Anerkennung der staatlichen Pflicht zum Ersatz der unverschuldeten Ausfälle und schöpft daraus die feste Hoffnung, daß es gelingen werde, schon jetzt die Wege zu ebnen, die zu gerechten Bestimmungen führen, welche die Erstattung der Verluste regeln.“

Letzte Nachrichten.

Deutschland und Amerika.

Washington, 10. Januar. (W. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Deutschland verspricht in der Note über die Verletzung der „William B. Frye“, den Nichtkämpfern Gelegenheit zu geben, sich in Sicherheit zu bringen, ehe das erbeutete Schiff versenkt wird, außer wenn Wetter und See sowie die Nähe der Küste Gewähr bieten, daß die Boote den nächsten Hafen erreichen, wird den an Bord befindlichen Personen nicht befohlen werden, in die Boote zu gehen. Die deutsche Regierung lehnt den Vorschlag Amerikas, die Sachverständigen zur Feststellung des Schadens in Washington zusammenzutreten zu lassen, als für sie nicht angängig ab und empfiehlt den Zusammentritt der Kommission in Deutschland. Sie beantragt ferner, eine schiedsgerichtliche Auslegung des preussisch-amerikanischen Handelsvertrages durch ein besonderes Schiedsgericht von fünf Mitgliedern, das am 15. Juni im Haag zusammenzutreten soll.

Eine amerikanische Note an England.

Washington, 10. Januar. (W. L. B.) „Central News“ meldet: Staatssekretär Lansing bereitet eine Note an England vor, worin eine Abschmähung der Blockade nachgefragt wird. Die Note begründet dies mit der früheren Erklärung Englands, daß Lebensmittel nicht als Panngut betrachtet werden können.

Gewerkschaftliches.

Die Textilarbeiter und das Verarbeitungsverbot.

Das staatliche Verarbeitungsverbot für Wolle, Baumwolle und Bastfasern hat eine erhebliche Abschwächung des Beschäftigungsgrades in der Textilindustrie gebracht. Viele Unternehmer waren und sind jetzt noch dadurch gezwungen, Betriebseinschränkungen, ja sogar Betriebsschließungen vorzunehmen. Bei dem Mangel einer zureichenden Betriebsberichterstattung ist es freilich nicht möglich, den Grad der Abschwächung des Beschäftigungsgrades zutreffend zu kennzeichnen. Man ist eben nur auf die Statistiken der Betriebskrankenkassen angewiesen. Diese verzeichnen nun schon seit mehreren Monaten eine ständige Mitgliederabnahme. Und zwar betrug nach Abzug der arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen die Abnahme der:

| im Juni 1915 | männl. Beschäftigten | weibl. Beschäftigten |
|--------------|----------------------|----------------------|
| 1915 | 5095 = 4,13 Proz. | 1584 = 0,79 Proz. |
| Juli | 3953 = 3,04 | 3114 = 1,79 |
| August | 5360 = 4,08 | 4978 = 2,67 |
| September | 5848 = 5,88 | 5633 = 3,25 |
| Oktober | 4808 = 4,80 | 2441 = 1,40 |

Für die Zeit vom 1. November bis 1. Dezember ist gleichfalls eine Mitgliederabnahme festgestellt worden, deren Höhe ist aber leider in absoluten Zahlen nicht angegeben. Am schlechtesten ist naturgemäß, wie auch aus dem „Reichsarbeitsblatt“ vom Monat Dezember ersichtlich ist, der Geschäftsgang in der Baumwollindustrie. Besonders die sächsischen und schlesischen Baumwollspinnereien berichten über einen weiteren Rückgang des Beschäftigungsgrades wegen des Spinnverbot's und wegen des Ausbleibens von Heeresaufträgen. Auch seitens der bayerischen Baumwollspinnereien und -webereien werden die Arbeitsverhältnisse im November für schlechter als im Vormonat erklärt. Weniger befriedigend beschäftigt sind dann ferner noch die Baumwoll-, Weiß- und Buntwebereien Süddeutschlands sowie die sächsischen Wigogspinnereien. Aber auch in den anderen Zweigen der Textilindustrie ist der Geschäftsgang wesentlich matter geworden. Für die Färbereien und Appreturanstalten wird z. B. ein Abflauen des Beschäftigungsgrades nicht nur dem Vormonat gegenüber gemeldet, sondern es wird sogar angegeben, daß der Zustand im November 1914 ein besserer war. Eine Belebung der Beschäftigung trat nur nach diesen Angaben in den Rohhaarspinnereien und in der Seidenstoffindustrie ein.

Dieser außerordentlich schlechte Geschäftsgang spiegelt sich denn auch in den Arbeitslosenzählungen des Textilarbeiterverbandes wider. In dieser Organisation waren noch zu Ende Oktober 6,0 Proz. von den männlichen und 15,9 Proz. von den weiblichen Mitgliedern arbeitslos, gegen nur 2,2 und 7,7 Proz. zu Ende Juni. In dem gleichen Maße stieg auch die Zahl der Arbeitslosentage. Sie erhöhte sich von 183 014 im 2. Quartal auf 261 060 im 3. Quartal, also um 78 046. Im Laufe des Monats November hat sich zwar die Arbeitslosenziffer für beide Geschlechter zusammen von 11,4 auf 9,2 Proz. vermindert, sie ist aber trotzdem immer noch um das Zehnfache höher als zu normalen Zeiten. Diese hilfsbedürftigen Textilarbeiter und -arbeiterinnen, deren Lage infolge ihres schmalen Verdienstes an und für sich schon nicht rosig ist, nachhaltig zu unterstützen, ist Pflicht der Einzelstaaten und Gemeinden, die dies bisher noch nicht alle für nötig befunden haben.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulagen für die Bauanschläger.

Am Sonntag beauftragte die Branchenversammlung der Bauanschläger ihre Kommission, wegen Gewährung einer Teuerungszulage von 20 Prozent mit der Unternehmerorganisation in Verbindung zu treten. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt und damit begründet, daß die Bauanschläger nach einem Lohnstarif arbeiten, der seit 20 Jahren in der Hauptsache unverändert geblieben

ist. Eine Erhöhung hätte längst gefordert werden müssen. Wenn es bisher nicht geschehen ist, so deshalb, weil die Kollegen durch fortgesetzte Steigerung ihrer Arbeitsleistung ihren Verdienst erhöht haben. Angesichts der gegenwärtigen Teuerung erscheint eine Erhöhung der Tarifhöhe nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten.

Ferner wurde beschlossen, die Branchenversammlungen wieder regelmäßig abzuhalten, und zwar am zweiten Sonntag jeden Monats bei Hummel, Sophienstr. 5.

Tariffündigung der Weißgerber und Färber.

Der Tarif der Weißgerber und Färber geht am 1. März zu Ende. Im vorigen Jahre ist, in Anbetracht des Krieges, der Kündigungstermin stillschweigend übergangen worden. Nunmehr sind Vorstand und Schlichtungskommission zu dem Ergebnis gelangt, daß der Tarif gekündigt werden soll. Der Wochenverdienst der betreffenden Arbeiter ist derzeit unzureichend, daß ein auch nur bescheidenes Auskommen ausgeschloffen ist. Eine Aufbesserung ist somit unumgänglich nötig.

Ein Antrag, dem Vorstände und der Schlichtungskommission das Recht zu geben, den Tarif am 1. Februar d. J. zu kündigen, wurde debattelos angenommen.

Soziales.

Durch eine unrichtige Auskunft auf der Polizei geschädigt.

Ein Dienstmädchen in einem Milchgeschäft hatte seine Stellung zum 1. Oktober gekündigt. Auf Zureden durch die Inhaberin des Geschäfts blieb das Mädchen noch bis zum Nachmittag des 2. Oktober in der Stellung. Hierzu ließ sich das Mädchen, obgleich es eine neue Stellung für den 1. Oktober angenommen hatte, durch eine Auskunft, welche die Arbeitgeberin auf dem Polizeirevierbureau in der Göttenstraße erhalten hatte, bewegen. Diese Auskunft ging dahin, daß der Umzugstag für Diensthöten der 2. Oktober sei, daß also an diesem Tage die alte Stellung zu verlassen und die neue anzutreten sei. Im Vertrauen auf diesen Bescheid wollte das Mädchen am 2. Oktober nachmittags die neue Stellung antreten, wurde hier aber zurückgewiesen.

Die neue Arbeitgeberin hatte, als das Mädchen am 1. Oktober ausblieb, die Stelle anderweitig besetzt. Das Mädchen konnte nun trotz aller Bemühungen im Monat Oktober keine Stellung mehr finden. Es klagte deshalb beim Gewerbegericht gegen seine frühere Arbeitgeberin auf Erstattung von Lohn, Kost- und Logisgeld für einen Monat im Betrage von 90 M. — Nach einer Auskunft, die das Gewerbegericht beim Polizeipräsidenten einholte, würde bei vierstündlich gemieteten Diensthöten nach §§ 42 und 44 der Gewerbeordnung der 2. Oktober als Umzugstag zu gelten haben, während für monatsweise gemietete Diensthöten der 1. Oktober der Umzugstag ist, sofern der Dienst am ersten des vorhergegangenen Monats angetreten und nichts anderes vereinbart ist. Dieser Fall lag hier vor. Da die Klägerin auf Veranlassung der Beklagten einen Tag länger in der Stellung geblieben ist und dadurch die neue Stellung verloren hat, so war die Beklagte schadenerschuldigt. Auf Anraten des Gerichts verglich sie sich mit der Klägerin auf Zahlung von 60 M. Die Beklagte sprach ihr lebhaftes Bedauern aus, daß sie durch eine Auskunft bei der Polizei in diese unangenehme Lage gekommen ist.

Das Arbeitsverhältnis der Statistinnen.

Die Leitung des Deutschen Künstlertheaters hatte für die Auf-führung des Lustspiels „Die selbige Erzählung“ eine Anzahl Statistinnen durch die Theateragentin Schütz engagiert. Die Damen hatten in ihren eigenen eleganten Gesellschaftskleidern mitzuwirken und bekamen ein Honorar von je 8 M. pro Abend. Um das Engagement lohnend erscheinen zu lassen, hatte die Agentin den Damen eine vielleicht dreißigmalige Aufführung des Stückes in Aussicht gestellt und der Spielleiter Platen hatte sogar gesagt, das Stück werde vielleicht fünfzigmal aufgeführt werden. Aber schon nach achtmaliger Aufführung wurde „Die selbige Erzählung“ vom Repertoire abgesetzt und damit war die Beschäftigung der Statistinnen zu Ende. Einige der Damen klagten beim Gewerbegericht auf Schadenersatz, weil sie nur in der Voraussetzung einer mindestens dreißigmaligen Aufführung das Engagement angenommen hätten. Mit zwei Klägerinnen verglich sich die Theaterleitung. Als dann aber eine dritte Dame klagte und noch weitere Klagen zu erwarten waren, lehnte die Theaterleitung einen Vergleich ab und berief sich darauf, daß Statistinnen und Statistinnen immer nur für einen Abend engagiert werden. Das sei der herrschende Brauch. Ein Engagement auf längere Dauer oder

eine Kündigung gebe es bei Statistinnen und Statistinnen nicht. Das Gewerbegericht ließ sich vom Deutschen Bühnenverein und von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger Gutachten er-lassen. Beide Gutachten sagten übereinstimmend, es sei ordn-ungsgemäß, daß Statistinnen nur tageweise und ohne Kündigung be-schäftigt werden.

Da nach diesen Gutachten die Klage aussichtslos erschien, zog sie die Klägerin auf Anraten des Vorsitzenden zurück.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 425 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. und 5. Garde-Regiment zu Fuß; 7. Garde-Infanterie-Reg.; Garde-Grenadier-Regiment Franz, Elisabeth und Nr. 5; Garde-Füsilier-Regiment (f. Lehr-Infanterie-Regiment). Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. In-fanterie, bezw. Füsilier-Regiment Nr. 1, 2, 3, 7 bis einschl. 12, 18, 21, 49, 53, 54, 58, 61, 63, 68, 67, 70, 72, 73, 75, 77 bis einschl. 81, 84, 85, 86, 90, 92, 95, 109, 111, 112, 113, 115, 128, 135, 138, 141 bis einschl. 148, 150, 151, 153 (f. Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 20), 155 bis einschl. 158, 160, 161, 162, 164, 165, 166, 167 (f. In-fanterie-Regiment Nr. 54), 168, 170, 174, 176, 184, 185, 187, 190, 329, 330. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 9 (f. auch Infanterie-Regiment Nr. 54), 11, 17 bis einschl. 20, 51, 52 (f. auch Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 217), 59, 61, 64, 65, 67, 68, 69, 71, 76 bis einschl. 84, 86, 87, 92, 111, 201 bis einschl. 206, 208, 209, 213, 219 bis einschl. 223, 227 bis einschl. 233, 239, 251, 255, 256, 257, 259, 260, 263, 264, 268, 269, 271, 272. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 2, 3, 4, 10, 11, 12, 18, 21, 51, 53, 57, 61, 74, 75, 76, 80, 84, 87 (f. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 17), 93, 118, 379 (f. Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 14). Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 11. Infanterie-Ersatz Truppe Beverloo. Ersatz-Depot des 40. Reservekorps. Stappen-Hilfs-Bataillon Nr. 8. Jäger-Bataillone Nr. 1, 3, 4, 5 (f. Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 20), 9; Reserve-Bataillone Nr. 8, 20, 21, 24. Radfahrer-Kompagnie Nr. 154. Ersatz-Maschinengewehr-Abteilung des 16. Armeekorps; Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 217; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 55 (f. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 111); Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 14 (Königs-berg i. Pr.); Maschinengewehr-Kompagnie Nr. 2 der 16. Landwehr-Division (f. Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 14).

Kavallerie: Dragoner Nr. 2, 9, 11, 13, 21, 23, 24; Husaren Nr. 2, 4, 6, 16; Ulanen Nr. 9; Jäger zu Pferde Nr. 2, 9, 11; Reserve-Jäger zu Pferde Nr. 1.

Feldartillerie: 3. und 6. Garde-Regiment; Regiment Nr. 3, 9, 14, 20, 22, 31, 35, 39, 44, 46, 57 (f. Landwehr-Feldartillerie-Regiment Nr. 4), 63, 75, 76, 101, 104, 225; Reserve-Regiment Nr. 14, 20, 52, 62; Landwehr-Regiment Nr. 4; 1. Landwehr-Batterie des 14. Armeekorps.

Fußartillerie: Regiment Nr. 6, 8, 14, 16; Reserve-Regi-ment Nr. 2, 5, 11, 20. Fußartillerie-Bataillon Nr. 36; Batterie Nr. 190, 285, 292, 365, 436, 453, 515, 553b, 561. Mörser-Regi-ment Nr. 6.

Pioniere: Regiment Nr. 18 und 19; Bataillone: I. Nr. 4, 11. Nr. 6, I. Nr. 10, 11. Nr. 16. Ersatz-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 10; Reserve-Kompagnie Nr. 52; 2. Landwehr-Kom-pagnie des 15. und 1. des 18. Armeekorps. Garde-Minenwerfer-Kompagnie Nr. 7. Minenwerfer-Bataillon Nr. 2; Minenwerfer-Kompagnie Nr. 7; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 152.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Regiment Nr. 1 (f. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 228). Feldluftschiffer- und Feldflieger-truppe.

Train: Leichte Proviantkolonne Nr. 6 des 2. Armeekorps; Reserve-Proviantkolonne Nr. 12. Stappen-Fuhrparkkolonne Nr. 105. Munitionskolonnen: Infanterie-Munitionskolonne Nr. 3 des Garde-Reservekorps, Nr. 3 des 3. Nr. 4 des 7. Armeekorps und solche der 58. Infanterie-Division; Reserve-Infanterie-Munitions-kolonne Nr. 22 des 9. Reservekorps und Nr. 9 der 6. Reserve-Division. Artillerie-Munitionskolonne Nr. 3 des 1. Armeekorps, Nr. 7/15 des 22. Reservekorps und Nr. 190 der 17. Landwehr-Division; Reserve-Artillerie-(F)Munitionskolonne Nr. 102 des 41. Reservekorps; Fußartillerie-Munitionskolonne Nr. 4 des 27. Reservekorps; Reserve-Fußartillerie-Munitionskolonne Nr. 1 der 3. Reserve-Division. Stappen-Munitionskolonne Nr. 50.

Armierungs-Formationen: Bataillone Nr. 14, 28, 31, 50, 53, 81, 95, 102, 117; Ersatz-Kommando Küstrin.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 243 wird ver-öffentlich, deren Inhalt wir schon vor einigen Tagen mitgeteilt haben.

Man verlange ausdrücklich:

Underberg-Boonekamp

SEMPER IDEM

oder einfach:

„Underberg“

Die Worte „Underberg“, „Underberg-Boonekamp“ sowie die Devise „Semper Idem“ sind für mich gesetzlich geschützt und bürgen für die von mir seit nahezu 70 Jahren vertriebene vorzügliche Qualität.



H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhld.) Gegründet 1846.



Aus der Partei.

Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag, den 9. Januar, eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses. Zu dieser Besprechung hatte der Vorstand unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei die dankenswerte Anregung gegeben. An der Sitzung nahmen als Vertreter des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Partei die Genossen Dr. Adler, Ellenbogen, Renner und Seig und als Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission die Genossen Domes, Grünwald und Hanusch teil; ferner hatten die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften je einen Vertreter delegiert, die Generalkommission der Gewerkschaften war anwesend und es war weiter eine Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geladen und erschienen.

Der Genosse Dr. Renner hielt das einleitende Referat, in dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung, die zurzeit in Deutschland und in Oesterreich in der Presse und in Interessentenkreisen vielfach erörtert wird, zunächst theoretisch behandelte, um dann darzulegen, daß auch das Proletariat ein großes Interesse daran hat, mit Aufmerksamkeit den Bestrebungen zu folgen, die sich bei den Bourgeoisien beider Reiche zwecks einer wirtschaftlichen Annäherung bemerkbar machen. Es müsse dafür gefordert werden, daß die Interessen des Proletariats bei den Verhandlungen zur Geltung kommen, damit die an und für sich berechtigten Bestrebungen auf eine Annäherung nicht in einer Weise vollzogen werden, die für das Proletariat eine Erschwerung seiner Existenzbedingungen mit sich bringt. Genosse Cunow behandelte als zweiter Referent ergänzend das besondere Interesse, das das deutsche Proletariat an diesen Fragen hat. — Auf die Referate folgte eine sehr interessante Diskussion, an der sich unsere österreichischen Freunde lebhaft beteiligten. Die Verhandlungen hatten zunächst den Zweck, die Einleitung zu bilden für die Diskussion, die in den Parteien beider Reiche über diese Frage einsetzt wird. Die Referate wurden stenographisch aufgenommen und werden in Kürze im Druck erscheinen.

Sondervorgehen der Bremer Minorität.

Unter der Ueberschrift „Spaltung in der Bremer Sozialdemokratie“ berichtet die „Deutsche Kriegszeitung“: „Zu den 20 Kreditverweigerern im Reichstage hatte auch der Vertreter Bremens, der Abgeordnete Heule, gehört, der auch in seinem Blatte, der „Bremer Bürgerzeitung“, den Standpunkt der Fraktionsminderheit mit großer Schärfe vertritt, ohne die andersdenkenden Parteiangehörigen seines Wahlkreises in seinem Blatte überhaupt zu Worte kommen zu lassen. Die Anhänger der Mehrheit der Reichstagsfraktion im Wahlkreise Bremen haben sich nunmehr zur Herausgabe eines eigenen Wochenblattes entschlossen, das unter dem Titel „Bremer Korrespondenz“ am morgigen Sonntag zum erstenmal erscheint. Der Gewerkschaftssekretär Riendorf zeichnet als Leiter dieses Blattes, das in seinem programmatischen Einführungsatikel der „Bürgerzeitung“ vorwirft, daß sie mit ihrer Haltung die Parteinteressen in größter Weise verletzten. Wörtlich heißt es da weiter: „Die Herausgabe der „Bremer Korrespondenz“ ist eine Notwendigkeit, die jene verantworten müssen, die unter Hintanhaltung des Parteinteresses ihre persönlichen Zwecke zu befriedigen suchen.“ Die Artikel der ersten Nummer betreffen sich ausschließlich mit dem Disziplinbruch der „Bürgerzeitung“ und den Angriffen des Bremer Parteiorgans auf die Mehrheit der Reichstagsfraktion und der Partei.“

Soweit wir unterrichtet sind, trifft es zu, daß die rechtsstehende Minorität in Bremen ein eigenes Nachrichtenblatt herausgibt. Die in der Notiz enthaltene Behauptung, daß die andersdenkenden Parteiangehörigen nicht zu Worte kommen, entspricht nicht den Tatsachen. Wiederholt haben Vertreter der rechtsstehenden Minorität in längeren Artikeln ihre Ansichten der Mehrheit der „Bremer Bürgerzeitung“ zum Ausdruck bringen können.

Ein Gewerkschaftsführer zum Vorgehen der Minderheit.

Genosse Anoll, der Vorsitzende des Steinsegerverbandes und Mitglied der Generalkommission schreibt in einem „Unverantwortliche Politik“ betitelten Artikel in der „Allgemeinen Steinseger-Zeitung“ vom 9. Januar 1916 u. a. über die Stellungnahme der Gewerkschaften folgendes:

„Für die Gewerkschaften bleibt auf alle Fälle die Politik des 4. August Leitstern und Richtschnur ihres künftigen Verhaltens. Für die Gewerkschaften gibt es in dieser Hinsicht keinen Umfall, kein Hinübergleiten in die gegenwärtige Politik, ja nicht einmal eine stillschweigende Anerkennung einer solchen — und das selbst dann nicht, wenn die heutige Fraktionsmehrheit sich wirklich in eine Minderheit verwandeln sollte. Hier handelt es sich um eine Lebensfrage der Gewerkschaften. Und da keine sich ihrer Verantwortung bewußte Gewerkschaftsleitung für eine gewerkschaftliche Selbstmordpolitik zu haben ist, so ist es gänzlich ausgeschlossen, daß es für die Gewerkschaften im geringsten ein Abweichen von der bisherigen „Kriegspolitik“ gibt. Wonach sich diejenige politische Kreise, die bisher auf ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften Wert gelegt haben, werden richten müssen.“

Es verlohnt nicht der Mühe, hierüber noch weitere Worte zu verlieren, da der Standpunkt der Gewerkschaften und ihr Interessenkreis in dieser Frage so fest unerschütterlich ist, daß jedes weitere Wort darüber nur zu Unklarheiten führen könnte. Wir hoffen auch nicht, daß sich in den Gewerkschaftskreisen Leute finden werden, die aus Angst um „Mandat“ umfallen, auch dann nicht, wenn es der Minderheit mit ihrer von Sachlichkeit und Ehrlichkeit vielfach nicht angekränkelten Methode gelinnte, hier und da in Gewerkschaftskreisen vorübergehend Verwirrung anzustellen. Die Gewerkschaftsleitungen werden das schlechte Beispiel, das eine Anzahl aus ihrer Mitte hervorgegangener Politiker hier gegeben haben, hoffentlich nicht nachahmen.“

Es kann nun allerdings die Frage aufkommen, wie sich die zur heutigen Fraktionsmehrheit gehörigen Gewerkschaftler verhalten sollen, wenn wirklich die Mehrheit sich zur Minderheit wandeln sollte. Sollen diese dann das able Beispiel der Minderheit von gestern nachahmen und gegen die neue Mehrheit stimmen? Nachdem die bisherige Linksminderheit selbst die Fraktionsdisziplin gelockert hat und mithin eine solche nicht mehr vorhanden ist, könnte man einer künftigen Rechtsminderheit keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie so handelte. Denn die Disziplinbrecher sind und bleiben eben jene, nicht sie. Aber trotzdem müßte ein solches Verfahren ohne weiteres nicht zu empfehlen sein, denn die große Masse sieht schließlich nur die Tat und nicht die Motive derselben. Und die Tat bliebe als schlechtes Beispiel bestehen, ein Beispiel, das Gewerkschaftsführer nicht geben sollen. Ebenso wenig aber haben diese Mitglieder der Fraktion sich darauf zu beschränken, ihr Miteinstimmigkeitsverständnis mit einer neuen Mehrheit lediglich dadurch zu bekunden, daß sie das tun, was die zwanzig Disziplinbrecher nicht getan haben: sich der Stimme zu enthalten. Sie sind meiner Auffassung nach in erster Linie Gewerkschaftler und nicht Politiker und sie haben im Interesse der Gewerkschaften die unbedingte Pflicht, auch im Reichstage positive Gewerkschaftspolitik zu treiben. Das können sie nicht, indem sie sich der etwaigen neuen Mehrheit schweigend unterordnen. Es bleibt ihnen also gar nichts anderes

übrig — das mühten nötigenfalls die gesamten Gewerkschaften von ihnen verlangen — als in solchen Fälle ihr Reichstagsmandat niederzulegen und eine Wiederwahl davon abhängig zu machen, daß ihre Wähler sie ausdrücklich ermächtigen, die Mittel zur Landesverteidigung solange zu bewilligen, als solche notwendig sind.“

An Stelle eines Kommentars verweisen wir auf eine Stelle in Shakespeares Hamlet II, 2.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

In der Kreiskonferenz des zweiten Berliner Wahlkreises wurde gestern nach einem Referat des Abgeordneten Genossen Richard Fischer nachstehende Resolution mit 57 gegen 17 Stimmen angenommen:

Die Funktionäre des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises erklären sich mit der Haltung der 20 im Reichstage einberufenen. Sie bedauern, daß nicht alle 44 Abgeordnete der Minderheit geschlossen vorgegangen sind.

Sie bedauern ferner lebhaft, den Abgeordneten ihres Kreises nicht unter dieser Minderheit zu finden.

Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Niederbarnim billigte in ihrer am Sonnabend abgehaltenen Sitzung die Haltung der Kreisvertreter im Reichstagsrat, die für die dort zugunsten der Minderheit angenommenen Resolution gestimmt hatten.

Die Parteileitung des 16. sächsischen Kreises (Chemnitz, Vertreter Koske) hatte die Ausschuhvertreter aus den 32 Bezirksvereinen zusammenberufen, um sich mit den Vorgängen in der Fraktion zu befassen. Nach längerer Erörterung wurde bedauert, daß die Friedensinterpellation unserer Fraktion bei den sozialistischen Parteien der kriegführenden Staaten kein Echo gefunden habe. Die Bewilligung der Kredite wurde gebilligt, und bedauert, daß Parteigenossen die vornehmsten demokratischen Grundsätze preisgegeben haben. Der Ausschuh weist ferner alle Bestrebungen von links oder rechts, die auf eine Spaltung der Partei hinauslaufen, mit Entschiedenheit zurück, und fordert von allen Mitgliedern, daß sie Disziplin halten.

Die Annahme der Erklärung erfolgte einstimmig.

Aus Groß-Berlin.

Die Arzthilfe für Kriegerfamilien.

Die ärztliche Versorgung der Angehörigen von Kriegsteilnehmern soll in Berlin, wo sie bisher von den Armenärzten mitbesorgt wurde, nun endlich in anderer Weise geregelt werden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung konnte auf die Anfrage, wie weit die Verhandlungen hierüber gediehen seien, der Magistrat eine erfreuliche Antwort geben. Zwischen Magistrat und Ärzteschaft war soeben eine Einigung zustande gekommen, so daß die Stadtverordneten demnächst eine Vorlage zur Beschlußfassung zu erwarten hatten. Sie ist jetzt fertiggestellt und wird in der nächsten Sitzung (am 20. Januar) beraten werden.

Mit der Ärztekammer für Brandenburg einschl. Berlin will der Magistrat einen Vertrag schließen, der den in Berlin wohnenden Angehörigen von Kriegsteilnehmern die Behandlung durch die sich beteiligenden Ärzte sichert und der Gesamtheit dieser Ärzte nach Maßgabe ihrer Tätigkeit eine Vergütung innerhalb des Höchstbetrages von 500 000 Mark für das Jahr gewährt. Für die ärztliche Versorgung der Kriegerangehörigen, die eine Familienunterstützung erhalten und keiner Krankenkasse angehören, wird das ganze Stadtgebiet in 23 Bezirke eingeteilt, die mit den Bezirken der 23 Unterstützungskommissionen zusammenfallen. In jedem Bezirk werden alle in ihm wohnenden Ärzte (auch Spezialärzte) zur Behandlung der Kriegerfamilien des Bezirkes zugelassen, wenn sie sich den Bedingungen des Vertrages unterwerfen, und jedem Angehörigen von Kriegsteilnehmern steht freie Wahl unter allen Ärzten des Bezirkes zu. Ist für eine Kriegerfamilie bereits ein Arzt aus einem anderen Bezirk tätig, so kann dieser weiterbehandeln, falls er in seinem Bezirk zu den vertraglich beteiligten Ärzten gehört. Die Ärzte müssen alle kranken Kriegsangehörigen, die sich durch Ueberweisungsschein ihres Bezirksvorstehers oder des Militärbureau der Stadt als zur Inanspruchnahme berechtigt ausweisen, in ihrer gewöhnlichen Sprechstunde und nötigenfalls auch in der Wohnung behandeln.

Die Ärztekammer wird durch ihren Vorstand die Ärzte Berlins zur Beteiligung auffordern; eine Liste der Teilnehmer soll später bekanntgegeben werden. Aus den von der Stadt bereitgestellten 500 000 M. wird die Ärztekammer den einzelnen Ärzten das ihnen zukommende Honorar auszahlen. Das Abkommen gilt nach dem vom Magistrat genehmigten Entwurf zunächst nur für das Vierteljahr vom 15. Januar bis 15. April und kann dann und nach jedem weiteren Vierteljahr immer um ein Vierteljahr verlängert werden, falls nicht gekündigt wird. Ueber den Vertragsentwurf hat nun die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Höhere Preise für Delikatesswurst.

Der Verband Deutscher Kaufleute für die Delikatessbranche hat an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der um Zulassung höherer Preise für Delikatesswurst ersucht wurde. Diesem Erluchen ist stattgegeben worden in einem Schreiben des Magistrats an den Vorsitzenden des Vereins, in dem es heißt:

„Wir haben beschlossen, auch weiterhin, und zwar vorläufig bis zum 1. Februar 1916, den Weiterverkauf von solchen Würsten zu höheren als in der Verordnung vom 14. Dezember 1915 festgesetzten Preisen zu gestatten, die auch im Frieden als Delikatessen hergestellt zu werden pflegten und sich nach Art ihrer Zusammensetzung begu. Zubereitung als besondere Delikatessen darstellen und so einen höheren Preis rechtfertigen (wie zum Beispiel Gänseleberwurst und Trüffelwurst). Für die Zeit nach dem 1. Februar 1916 werden wir Ihre Anträge in wohlwollender Erwägung stehen.“

Ueber die Vorgeschichte dieser Eingabe wird uns vom „Kriegsaussschuh für Konsumenteninteressen“ geschrieben:

Nach Mittermeldungen hatte der Verband der Delikatesswarenhändler Deutschlands in einer Eingabe an den Berliner Magistrat Protest erhoben gegen die Höchstpreise für Delikatesswurst, deren Normierung von den Verbrauchern zwar als viel zu hoch und als ein zu hartes Entgegenkommen an die Händlerwünsche empfunden worden waren. Der Protest der Würsthändler geschah nun unter mehrfacher Betonung des „Interesses der Konsumenten (1) und Verbraucher“. In Wirklichkeit wurde eine wesentliche Herausforderung überhaupt eine Befestigung der auf 2,90 M. festgesetzten Höchstpreise bezweckt. Angeblich sollten einige Würstsorten nicht unter 2,90 M. beim Fabrikanten erhältlich sein. Offenbar handelte es sich bei der

Eingabe der Würsthändler, wie leicht verständlich, um eine Befolgung des Händler-, nicht des Verbraucherinteresses. Auch der als Schiedsman an die Wand gemalte direkte Postbezug durch die Konsumenten bedeutete ja nur für die Händler nicht für die Verbraucher eine Gefahr. Machte die Eingabe also schon durch diese Verschlebung der Motive einen eigenartigen Eindruck, so erst recht durch die weiteren Ausführungen. In der Presse war ein freisprechendes Reichsgerichtsurteil über eine hannoversche Würsthändlerin wegen Ueberschreitung der dortigen Höchstpreise für Braunschwelger Wettwurst wiederbegeben worden, in dem als Begründung dekretiert sein sollte, daß die Gemeinden Höchstpreise nur für die am Orte gewonnenen Erzeugnisse festsetzen dürften. Die Eingabe der Delikatesshändler behauptet sogar, daß der Vorstand dieses Reichsgerichtsurteils im Verbandsbureau vorliege und verlange vom Berliner Magistrat, wieder „im Interesse der Konsumenten“, schleunige Maßnahmen (gemeint war die Aufhebung aller Würsthöchstpreise) und Befestigung der Unklarheiten und Unsicherheiten infolge der neuen Entscheidung des obersten Gerichtshofes. Nun wird plötzlich bekannt, daß der Sach über die Befestigung gemeindlicher Höchstpreisfestsetzungen, der in den Kreisen der deutschen Kommunen begehrtweise lebhaft Unruhe erweckt hatte, in dem Urteil überhaupt nicht enthalten ist, und daß alle Bestärkung zum Glück unbegründet gewesen ist. Man muß daher unwillkürlich die Frage aufwerfen, ob zwischen den eigenartigen Unterlagen für die Würsthändleringabe und der fast noch eigenartigeren unrichtigen Zeitungsmeldung nicht irgendwelche (natürlich „Konsumentenfreundlichen“) Beziehungen bestehen könnten.

Wiedereröffnung des städtischen Verkaufs von Gefrierfleisch.

Gestern nachmittag ist von neuem in den städtischen Verkaufsstellen der Verkauf von Gefrierfleisch (Schweinefleisch) aufgenommen worden. Die Preise entsprechen den für Schweinefleisch festgesetzten Kleinhandelshöchstpreisen. Die Abgabe erfolgt gegen Vorzeigung der Berechtigungskarte nach den Bestimmungen der Bekanntmachung vom 6./30. August 1915, die im einzelnen aus den Anschlägen in den städtischen Verkaufsstellen erhellen.

Es wird nur nochmals besonders darauf hingewiesen, daß der Ankauf von städtischen Fleischwaren zur Weiterveräußerung und gewerblichen Verarbeitung sowie zur Abgabe in Gastwirtschaften verboten ist und Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Verordnung mit hohen Strafen belegt ist.

Der städtische Fleischverkauf hat die Preise für Hammelfleisch ermäßigt. Es werden abgegeben Keule, Rücken und dicke Rippe zu 1,20 M., das übrige Fleisch zu 1,10 M. pro Pfund.

Verkehrsfragen.

Die wegen des Baues der Nord-Süd-Bahn erforderliche Umleitung der Linien der Großen Berliner Straßenbahn aus der südlichen Friedrichstraße, und zwar der Linien 53, 55, 98 durch die Linden-, Markgrafen-, Kochstraße, der Linien 43, 44, 70, 73 durch die Königgräber, Hedemann-, Wilhelm-, Kochstraße erfolgt vom 12. Januar ab.

Schwerer Unfall in einem Variété. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonntagabend während der Vorstellung im Viktoriatheater (früher Sanssouci) in der Kottbuser Straße 6. Dort tritt seit den Weihnachtstagen der chinesische Konfiterer Koi Kam Tai mit seiner Frau auf. Er benutzt bei seinen verschiedenen Darbietungen u. a. auch ein Drahtseil, das über die Mitte des Saales nach der Bühne hin gespannt ist. An diesem Seil fährt er, an seinem Jopfi hängend, mittels einer Rolle von etwa 15 Meter Höhe nach der Bühne hinab. Nachdem der Chinese sich am Sonntag an seinem Jopfi aufgehängt und seiner auf der Bühne stehenden Frau das Zeichnen gegeben hatte, faulte er mit Witzeschnele über die Köpfe des Publikums hinweg. Als er die Saalmitte erreicht, riß plötzlich das Seil und der Artist stürzte in das Publikum hinab. Hier fiel er auf einen Zuschauer, der eine blutende Kopfwunde erhielt. Mehrere Damen fielen in Ohnmacht. Der Artist ist mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Nummer ist aus dem Programm gestrichen worden.

Seugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie dieser Tage in der Wilhelmstraße in Lichtenberg ein Knabe von der Straßenbahn überfahren und schwer verletzt wurde, werden um Angabe ihrer Adressen an Niem, Lichtenberg, Augustastr. 4, gebeten.

Aus den Gemeinden.

Butterkarten in Vankow.

Der Gemeindevorstand von Vankow macht bekannt, daß bis auf weiteres Butter nur gegen Vorzeigung der Brotkarten, und zwar auf jede Karte ein Viertelpfund pro Woche, jedoch nicht mehr als ein Pfund auf einmal (auf vier Brotkarten) verkauft werden darf. Der Verkäufer ist verpflichtet, auf der Vorderseite jeder Brotkarte den Verkauf durch Ausdruck des Geschäftstempels oder in sonstiger Weise kenntlich zu machen. Auf Brotkarten, die einen solchen Vermerk tragen, und auf Zusatzbrotkarten darf in keinem Geschäft Butter verkauft werden.

Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Besitz der Brotkarte ein Recht auf Lieferung einer bestimmten Menge Butter nicht begründet.

Speckverkauf in Schönow.

Heute beginnt die Gemeinde mit dem Verkauf des angekauften Speckes. Der Verkauf findet von 1—4 Uhr bei Ehrle, Berliner Straße statt und wird regelmäßig am Dienstag jeder Woche fortgesetzt. Der Speck wird nur gegen Vorzeigung der Speckkarten, die heute von 10—12 Uhr im Gemeindebureau zu haben sind, abgegeben und zwar in Mengen von 1/2 bis 3 Pfund pro Kopf und Woche. Der Preis beträgt für fetten geräuchernden Speck 2,20 M. und für fetten gesalzenen 2 M. pro Pfund.

Berichtszeitung.

Aus einer Heiratsfabrik.

Seitere Geschichten aus der großen Werkstatt der Ehevermittlung kamen gestern wieder einmal in einer Verhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Sprache.

Wegen Betruges in einer ganzen Reihe von Fällen war der Kaufmann Paul Grimm in Schöneberg. Inhaber des „Bureaus Ideal Paul Grimm“, unter den Linden 43, angeklagt. Der Angeklagte hatte sich auf das ganz eintägige Geschäft des Ehefinders gelegt, d. h. er beschränkte sich darauf, in Anzeigen in Provinzialblättern eine nur in seiner Phantasie bestehende Schöne als heiratslustig dem verehrten Männervolke anzubieten. Es war immer eine junge kinderlose Witwe mit einem Vermögen von 175 000 M., statliche sympathische Erscheinung, musikalisch, tabellofen Rufes, tollig kinderlos, deren

Trauerjahr abgelaufen wäre und die sich nun wieder verheiraten wollte. Begreiflicherweise fanden sich gar viele, denen daran gelegen war, die Braut heimzuführen. Es entwickelte sich dann eine höchst ergiebige Korrespondenz mit den Heiratskandidaten und dem Ehefrüher, der nach einer sorgfältig ausgearbeiteten Schablone des weiteren die Vorzüge der jungen Witwe schilderte, seine Lobspüche stellenweise sogar bis auf ihre Kräfte ausdehnte und schließlich ganz bescheiden und mit der Versicherung, daß er „soit und gewissenhaft“ diese delikaten Dinge bearbeite, seine eigenen Bedingungen zur Sprache brachte. Diese gingen dahin, daß er 1 Proz. des bei der Eheschließung von der Witwe eingebrachten Heiratsgutes und außerdem für Speisen, Ausgaben und dergleichen 200 M. beanspruche, wovon er 100 M. als sofortige Anzahlung verlange. Gegen solche Vorauszahlung sträubten sich gewöhnlich die heiratskandidaten Männer. In solchen Fällen hatte der Angeklagte wieder einen Schablonenbrief zur Hand; darin setzte er in verbindlichster Form auseinander, daß er sich auf bloße Versprechungen nicht einlassen könne, da er von den Damen, die er unter die Haube bringe, eine Provision nicht verlangen könne und die Herren der Schöpfung ihm schon häufig unliebsame Ueber- raschungen in bezug auf die versprochene Provision bereitet hätten. Nach § 258 U.S.G. sei ein Ehevermittler ja auch ziemlich vogelfrei, denn dieser Befehl: „Durch das Versprechen eines Lohnes für den Nachweis der Gelegenheit zur Eingehung einer Ehe oder für die Vermittelung des Zustandekommens einer Ehe wird eine Verbindlichkeit nicht begründet.“ Man werde es daher gütig nicht als Beleidigung auffassen, wenn er von seinem Verlangen nach einer Anzahlung nicht abweiche. Hatte er wenigstens zum Teil diesen oder jenen Heiratskandidaten zur Einstufung von Geld bewogen, dann ging die Skandale weiter: er teilte den Bewerbern mit, daß die dazugehörige Witwe bereit sei, sich mit ihrem zukünftigen Bräutigam zur Augenscheinnahme, ihm auf halbem Wege entgegenkommend, zu treffen. Dieser wurde nach Eisenach, jener nach Göttingen, ein dritter nach Göttingen bestellt und alle Einzelheiten des Zusammentreffens, bei dem der Angeklagte als Regisseur mitwirken sollte, schriftlich besprochen. Natürlich beanspruchte der Angeklagte für seine Regie an Ort und Stelle Reisekosten und Tagelöhner. Wenn dann die hoffnungsreichen Heiratskandidaten in froher Erwartung an Ort und Stelle eintrafen und sehnsüchtig auf den Augenblick warteten, wo sich die Tür des Hotels öffnen und der Angeklagte als Agent Amors die zugehörige Witwe feierlichst zu geneigtem Wohlwollen empfehlen würde — dann mußten sie bald einsehen, daß sie die Reise vergeblich gemacht hatten, denn weder von dem Angeklagten noch von seiner Schutzhöhle war die geringste Spur zu entdecken. Einer von den Betrogenen hat

volle zwei Tage in Eisenach gewartet und erst als er auf alle seine dringenden Telegramme an den Angeklagten keine Antwort erhielt, betäubten Herzens die Rückreise angetreten. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Er meinte, die Briefe des Angeklagten wären eigentlich wert, gesammelt und als moderne Märchen herausgegeben zu werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts und verfügte die sofortige Verhaftung.

Aus aller Welt.

Wieder Methyloalkoholvergiftungen. Wie aus München gemeldet wird, hat in Penzberg eine schwere Methyloalkohol- vergiftung mehrere Todesopfer und schwere Erkrankungen ge- fordert. Nach dem Genuße des von dem Händler Robert her- gestellten Schnapses sind bereits drei Personen gestorben und zwei schwer erkrankt. Die Toten sind eine Tage- löhnerfrau und zwei Vergleite, Väter von mehreren Kindern. Der Händler Robert wurde verhaftet. Eine gerichtliche Kom- mission ist zur Untersuchung eingetroffen. Der Schnaps soll an- geblisch aus Weizenstroh hergestellt gewesen sein.

Selbstmord eines Rechtsanwalts. Der Rechtsanwalt Dr. Vetter in Dresden hat unter aufsehenerregenden Umständen Selbstmord begangen. Er hatte am Sonnabendmittag Termin beim Ober- landesgericht in einem Prozeß mit der Albert-Theater-Gesellschaft, deren Vorstand er eine Zeitlang war. Während der Verhandlungen wurde er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen, weil er gegen eine Zeugin sehr erregt heftige Vorwürfe erhob, und ersucht, den Saal zu verlassen. Er begab sich auf den Flur hinaus, wo er sich erschöß. Dr. Vetter, der im 47. Lebensjahre stand, war in Dresden durch die Gründung der Albert-Theater-Gesellschaft eine bekannte Persönlichkeit geworden.

Raubmord. In der Nähe von Stuttgart wurde am Sonntag im Feuerbacher Wald der 59jährige Fabrikarbeiter Wehler mit durchschnittenem Hals und einge- schlagenem Schädel aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Dem Ermordeten wurde der Wochenlohn geraubt. Als der Tot bedächtig wurde ein 18 Jahre alter Arbeiter, der mit Wehler zusammen arbeitete, verhaftet.

Eine aufgehobene Entmündigung. Die Entmündigung des venezianischen Plantagenbesizers und deutschen Staatsangehörigen

Rudolf Hag ist auf Betreiben seiner Vormünder, des Rechts- anwalts Dr. Meyer-Damburg und des Reichstagsabgeordneten Genossen Wolf Thiele-Halle, durch Beschluß des hamburgischen Gerichts für Entmündigungsfachen vom Dezember 1915 aufge- hoben worden. Bekanntlich wurde der „Fall Hag“ wiederholt im Reichstage, zuletzt im Mai 1914, erörtert.

Eröffnung des Haunsteinunnels. Der Haunsteinunnel und mit ihm die verbesserte Linie Siffach—Osten auf der Strecke Basel—Olten—Gottshardbahn ist dem Verkehr über- geben worden. Die neue verbesserte Linie hat eine Länge von 18 Kilometern, darunter den 8135 Meter langen Haunsteinunnel.

Explosionsunglück in einer amerikanischen Pulverfabrik. Wie aus Philadelphia gemeldet wird, hat eine furchtbare Explosion in der Pulverfabrik Dupont in Carnespoint stattgefunden. Sechs Arbeiter sind getötet, viele verletzt. Die Fabrik beschäftigte 15000 Arbeiter in Tag- und Nachtschichten bei der Herstellung von rauchlosem Pulver und Pikrinsäure. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Briefkasten der Redaktion.

J. C. 15. 1. Dafür ist keine Altersgrenze festgesetzt. 2. Eine bestimmte Norm ist dafür nicht gegeben; jeder kann Anspruch darauf erheben. 3. Eine bestimmte Grenze ist unseres Wissens nicht gezogen. 4. Ein Versuch um Unterschlagung ist zweifellos. Wenn die dienstbefähigt sind, müssen Sie formellen Antrag auf Rente stellen. — **J. C. 65.** Deshalb kann Ihnen die Unterschlagung nicht entzogen werden. — **C. S. 56.** Der Kriegsdienst wird auf die aktive Dienstzeit angerechnet. — **C. 111.** Eine Rente Einmündigung nicht. — **J. S. 100.** Da die Kündigung Ihrem Ehemann zugestelt ist, sind Sie zur Räumung der Wohnung verpflichtet. — **C. R. 3.** Wenn die Beiträge weitergezahlt sind, besteht Anspruch auf Krankengeld für die Zeit, in der Ihr Mann lazaritän war. — **W. T. 3.** 1. Na. 2. Gewerbeordnung. — **C. S. C. 100.** Da Ihre Frau den Betrag nicht unterschrieben hat, mußte der Wert Ihnen die Kündigung rechtzeitig zustellen. Ihre Frau muß dem Wert mitteilen, daß seine Kündigung nicht rechtsgültig ist, weil sie Ihnen nicht zugestelt wurde. — **R. 302.** Mindestens 50 Mark pro Monat. — **C. S. 19.** 1. Na. 2. Das Jahresinkommen des Mannes muß den Betrag von 1500 Mark übersteigen haben. 3. Die Frau erhält auf Grund der geliebten Renten des Ehemannes nur Witwenrente, wenn sie selbst invalide ist; aber die Kinder erhalten jetzt die Witwenrente. Antrag ist beim Versicherungsamt Berlin, Köpenicker Str. 65/67, unter Vorlegung der Quittungskarten ein- zureichen. 4. Rein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Mild und teilweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe, mit wiederholten, im Norden vielfach starken, im Süden schwächeren Regenfällen.

Unserem langjährigen Ver- treter des Kreises, dem Reichs- tagsabgeordneten

Fritz Zubell

zu seinem 68. Geburtstag herzlichsten Glückwunsch!

Mehrere Genossen des Kreises.

Unserem Genossen

Karl Biner und Frau

die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Die Funktionäre des 5. Viertels des Soz. Wahlvereins Lichtenberg.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr, nach langem, mit großer Geduld ertragenen Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treuer, guter Vater, mein guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Metall- schleifer

Hugo Schneider

sanft entschlafen ist.

Ida Schneider nebst Tochter, Witwe Marie Schneider als Mutter und Anverwandte.

Neukölln, den 7. Januar 1916 Thüringer Str. 15.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nach- mittags 3 Uhr, im Krematorium in Treptow, Baumföhlenweg statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Veränderungs- u. a. Gegenständigkeits- Ortsverwaltung Neukölln I.

Am 7. Januar starb unser Mit- glied

Wilhelm Flemming.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Am 18. Oktober 1915 fiel ihm Gelde unser Mitglied

Boleslaw Zebrowski.

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung, Neukölln I.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Hugo Flechner

(Oberföhnenweide, Baitstr. 12) am 7. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 11. Januar, nach- mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen- halle des Gemeinde-Friedhofes in Oberföhnenweide aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

110/8 Die Ortsverwaltung.

Statt jeder besonderen Meldung.

Hiermit allen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- u. Schwieger- vater, der Tischler und Parket- föhnenleger

Wilhelm Wendt

plötzlich am 10. Januar infolge Herzlähmung im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetriibt an

Wwo. Frau Friederike Wendt und Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nach- mittags 3 Uhr, auf dem neuen St. Pauls-Friedhof, Wilmersdorf, statt.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz per 30. September 1915.

Aktiva.

| | |
|---------------------------------|--------------|
| 1. Kassafonto | 3 968,13 |
| 2. Bankkonto | 21 733,28 |
| 3. Barrentkonto | 7 723,80 |
| 4. Einricht.-Stto. 13 061,80 | |
| Abzweigung | 3 081,60 |
| 5. Gesamtkonto 11 500,— | |
| Abzweigung | 8 500,— |
| 6. Gesamtkontokonto | 825,25 |
| 7. Betriebskontokonto | 75,— |
| 8. Konto pro Diverse | 610,— |
| | W. 53 429,96 |

Passiva.

| | |
|---|--------------|
| 1. Konto pro Diverse | 17 080,— |
| 2. Darlehenskonto | 29 400,— |
| 3. Reservefondskonto | 850,— |
| 4. Konto der Genossen | 1 400,— |
| 5. Gewinn- u. Verlustkonto alter Saldo 2 080,22 | |
| neuer | 2 969,74 |
| | W. 53 429,96 |

Am Laufe des Geschäftsjahres 1914/15 ist kein Genosse beigetreten und keiner ausgeschieden. 102/3 Es gehörten der Genossenschaft am Schluß des Geschäftsjahres 1914/15 14 Genossen an mit einer Gesamt- hoffsumme von 1400 Mark und dem gleichen Geschäftsguthaben. Die Hoff- summe hat sich nicht vermehrt und nicht verringert.

Berlin, den 10. Januar 1916.

Der Vorstand.

H. Wilschütz, Paul Leuz.

Am 8. Januar verschied nach langem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater, Schwager und Onkel, der Schriftföhler

Max Gähne

im Alter von 46 Jahren.

Dies zeigt tiefbetriibt an

Witwe Emma Gähne nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nach- mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Markus-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

109/8

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 7. Januar verstarb unser Parteigenosse

Hugo Schneider

(Thüringer Str. 15, 12 Bezirk).

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nach- mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Baumföhlenweg, Stiefholz- straße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Nach langem, schweren, mit Geduld ertragenen Leiden verstarb am 8. Januar cr., vormittags 10 Uhr, mein innigstgeliebter Mann, unser bergensguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler

August Gutsche

im 54. Lebensjahre.

Dies zeigen, um stilles Beileid bittend, tiefbetriibt an

Im Namen der Hinterbliebenen

Elisa Gutsche geb. Voelfler nebst Sohn und Tochter, Rauhstr. 45.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nach- mittags 3 Uhr, von der Leichen- halle des Thomas-Kirchhofes, Her- mannstraße, aus statt.

103/8

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Bezirk Norden I.

Am 7. Januar verstarb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter

Adolf Sander.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bessemers- Kirchhofes in Riebersdönhäusern- Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

140/2 Die örtliche Verwaltung.

Dankfagung.

Für die Teilnahme an der Be- erdigung meiner von mir innigst ge- liebten Mutter

Johanna Noack geb. Straube

sage ich allen meinen tiefgefühlten Dank.

Wag Road, Umf. 2. Bf. Schwed. A. D., III/29, zur Zeit im Felde.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters

Karl Lugscheider,

sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten, dem Wahlverein Neukölln und dem Holzarbeiterverband, ins- besondere Herrn Stabsarzt Dr. Karl Leis für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen sowie dem Vorkammer des Transport- arbeiterverbandes für den stimmungsvollen Gesang unseren herzlichsten Dank.

Elise Lugscheider nebst Tochter.

mit Hustenanföh- len u. starker Ver- schleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- störung. Teilzahlung.

Sprechstunden: 10—2 und 4—8

Reuters Werte

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Am Sonnabend, den 8. Januar- stard nach langer, schwerer Krank- heit unser lieber Kollege, der Schriftföhler

Max Gähne

im Alter von 46 Jahren.

Wir verlieren mit einem Mitarbeiter, der in der ganzen Arbeiterbewegung immer in den vorbersten Reihen stand. Durch sein offenes und kollegiales Wesen hat er sich bei uns ein gutes Ge- denken gesöhrt.

Ruhe in Frieden!

Das Personal der Königl. Hofbuchdruckerei **C. S. Rittler & Sohn, Berlin.**

Verein der Für Feuer- bestattung zu Berlin.

Am 7. Januar verstarb unser Mitglied, der Metallschleifer

Hugo Schneider

(Neukölln, Thüringer Str. 15) im 45. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium zu Treptow statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

281/6 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

August Gutsche

Rauhstr. 45 im Alter von 54 Jahren ge- storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 12. Januar, nach- mittags 3 Uhr, von der Leichen- halle des Friedhofes der Thomas- Gemeinde in Neukölln, Hermann- straße, aus statt.

81/10 **Die Ortsverwaltung.**

Gustav Bodenthin

im 31. Lebensjahre.

Ruhe sanft!

Beerdigung Mittwoch, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Garnison- Friedhofes, hinter der Dafen- heide, am Tempelhofer Feld.

Das Personal der Buchdruckerei **G. S. Hermann.**

Im treuen Gedenken

zu seinem 37. Geburtstag

11. Januar 1916.

Als Opfer des furchtbaren Welt- krieges fiel am 22. September 1914 unser innigstgeliebter, hoffnungs- voller Sohn, der Gebrüde

Paul Dupke

2. Sanitäts-Kompagnie.

Was würd' ich geben Dir, könnt' ich heut' bringen meine Wünsche Dir.

O können wir noch einmal lebend Dich umfassen,

Nur noch ein einzigmal in Deine treuen Augen schauen.

Vergeßlich unser Sorgen u. Hoffen, Was sollte mir sein für Dich, Deine Zukunft sollte stehen Dir offen.

Nun ruhest Du in fremder Erde in Feindesland.

Ich, Du bist so früh geschieden, Schuldlos sanft Du in das Grab, Deiner alten Eltern Frieden nimmst, geliebter Sohn, mit Dir hinab.

In schmerzlicher Erinnerung Deins trauernden Eltern

J. Dupke u. Frau Dupke geb. Balz, Berlin-Wilmersdorf.

Rückgratverkrümmung

hohe Schultern und Hüften bekämpft mit großem Erfolg bei Erwachsenen und Kindern mein verstellbarer

Geradehalter-Apparat Original-System Haas

Mehrfach preisgekrönt.

Ausführliche reichillustrierte Broschüre kostenlos.

Franz Menzel, Berlin

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Frankfurter Viertel, Bez. 204.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftföhler

Max Gähne,

Markstr. 25, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nach- mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Markus-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

Der Vorstand.

Den letzten Scheidegruß!

unserem lieben Kollegen

Hugo Schneider

gewidmet von seinen Kollegen der **D. T. W. - Schleiferer.**

Ehre seinem Andenken!

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin.

Am 8. Januar verstarb an Ge- hirnentzündung unser Kollege

Emil Pannier

im Alter von 20 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar 1916, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Lichtenberger Gemeinde-Fried- hofes in Marzahn aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Filialvorstand.

Spar- u. Kreditverein „Solidaria“.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Rentant

August Gutsche

am 8. Januar verstorben ist.

Beerdigung: Mittwoch 3 Uhr von der Leichenhalle des Thomas- Kirchhofes aus.

281/5 **Der Vorstand.**

Dankfagung.

Allen Freunden und Verwandten, besonders den Kollegen und Kolle- ginnen der **A. G. W.** Abteilung Reister Schappo, sowie dem Laubers- verein St. Georg für die Beteiligung an der Belegung meines lieben Mannes

103/8

Wilhelm Richter

meinen herzlichsten Dank.

Wwe. Lisbeth Richter, Pantstr. 88.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl poligarter Zigarren in allen Preislagen.

8 Amtliche be- kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen. Amt Npl., 3014.

TYPOGRAPHIA.

Den werthen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied, Kollege

Max Gähne

im 46. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung siehe vorhergehend.

Recht zahlreiche Beteiligung, besonders der Söhne, erwartet

Der Vorstand.

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

Prinzenstr. 64 zwischen Dresdener und Annonstraße.

Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2-2 u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und post- frei in verschlossenem Kuvert.

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

Prinzenstr. 64 zwischen Dresdener und Annonstraße.

Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2-2 u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und post- frei in verschlossenem Kuvert.

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

Prinzenstr. 64 zwischen Dresdener und Annonstraße.

Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2-2 u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und post- frei in verschlossenem Kuvert.

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

Prinzenstr. 64 zwischen Dresdener und Annonstraße.

Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2-2 u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und post- frei in verschlossenem Kuvert.